

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
J. A. Dr. K. Geyer.
Telephon: **Einl. Dienst 4196/4195**



Verlag für Druck und Schriftleitung:
Berlin O 2 61, Zelle-Wilhelm-Platz 6
Druckerei: Copation

Die Fortsetzung erfolgt im Colloquium.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdruckung selbstständig 4 Wochen vor dem Erscheinen, wenn nicht anders verordnet ist. Genehmigung für beide Fälle in Berlin.

Berlin, den 23. Mai 1930

Ratlose Führung.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Der Regierung Brüning ist als stärkstes Verdienst nachgerühmt worden, dass sie führe. So wenig diese Behauptung für die Vergangenheit zutrifft, so falsch ist sie auch für die Gegenwart. Auch die letzte Sitzung des Reichskabinetts am Donnerstag, die sich mit der schwierigen Finanzlage und der Sanierung der Arbeitslosenversicherung beschäftigte, hat infolge der grossen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierungskoalition zu keinem Ergebnis geführt. Es sind Parteiführerbesprechungen in Aussicht genommen, denen Anfang nächster Woche erneute Kabinettsberatungen folgen sollen. Man ist also notgedrungen zu den alten Methoden zurückgekehrt und ist in Handlungen wesentlich bescheidener als in Worten.

Dieses Ergebnis liess sich unschwer voraussehen. Denn nichts ist von jenen grossspurigen Ankündigungen übrig geblieben, mit denen das Kabinett Brüning bei seinem Amtsantritt versehen wurde. Alle Prophezeiungen von der Wendung zum Besseren, sobald die Steuer- und Zollgesetze verabschiedet seien, haben sich als trügerisch erwiesen. Die Auffassungen der Sozialdemokratie sind in einem Ausmass bestätigt worden, das weit über die Erwartungen hinausgeht. Die Wirtschaftslage hat sich weiterhin ungünstig entwickelt und damit auch die Reichsfinanzen ungünstig beeinflusst. Das zeigt sich sowohl in einem Rückgang der Einnahmen als auch in einem Steigen der notwendigen Ausgaben. Bei den Einnahmen ist die Tatsache bemerkenswert, dass jetzt auch die Verbrauchssteuern geringere Erträge liefern, also ebenso von der schlechten Konjunktur und der Massenarbeitslosigkeit beeinflusst werden wie die Besitzsteuern. Steigende Ausgaben sind erforderlich nicht nur für die Arbeitslosenversicherung, sondern auch für die Krisenfürsorge und die Wohlfahrtserwerbslosen der Gemeinden. Trotz alledem hält die Regierung an den steigenden Ausgaben für die Reichswehr fest!

Wenn man auch das finanzielle Ausmass dieser beiden Umstände im gegenwärtigen Augenblick noch nicht im vollen Umfang zu überschauen vermag, so besteht doch kein Zweifel, dass der Etat nicht mehr als ausgeglichen angesehen werden kann und dass Fehlbeträge von vielen hundert Millionen Mark gedeckt werden müssen. Die Art und Weise der Befriedigung dieses neuen Finanzbedarfs ist gegenwärtig das Hauptproblem der inneren Politik. Niemand wird leugnen wollen, dass die Lösung dieser Aufgabe ausserordentlich schwierig ist. Die Sozialdemokratie hat diese Entwicklung seit Monaten vorausgesehen, daher vor den unbegründeten Plänen auf weitgehende Steuersenkung gewarnt und auf ausreichende Sanierung der Arbeitslosenversicherung bestanden. Jetzt zeigt sich, wie berechtigt ihr Verlangen war und wie gut die bürgerlichen Parteien beraten gewesen wären, wenn sie den Wünschen der Sozialdemokratie entsprochen haben würden.

Vor welchen Schwierigkeiten die Regierungskoalition steht, das zeigen die verschiedenartigen Deckungsvorschläge, von denen gesprochen wird. Neben der Erhöhung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung ist das Notopfer wieder aufgetaucht, allerdings nicht in der Form der Heranziehung der Leistungsfähigen, sondern der Heranziehung lediglich der Festbesoldeten. Auch die Erhöhung der Bier-

steuer, die Verlängerung der Kontingentierung der Zigarettensteuer scheinen in den Absichten der Regierung eine gewisse Rolle zu spielen. Das ist aber auch alles, was bisher an Vorschlägen ersonnen werden konnte. Und wenn auch nur ein Teil davon verwirklicht werden würde, insbesondere die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, so dürfte Herr Dr. Brüning sicherlich in Verlegenheit geraten, wenn er die Frage beantworten sollte, warum denn gerade wegen einer Beitragserhöhung um ein Viertel Prozent die frühere Regierung gestürzt werden musste, wenn man jetzt eine Beitragserhöhung um ein Prozent vornimmt!

Aber soweit ist man überhaupt noch nicht, dass man irgend einen Ausweg sieht, der von den Regierungsparteien gemeinsam gegangen werden könnte. Die Ratlosigkeit und Unentschlossenheit ist kaum je so gross gewesen wie jetzt. Das ist ja auch kein Wunder. Denn die jetzige Regierungsmehrheit ist ein solches Sammelsurium von verschiedenen Interessen, bei denen immer die unsachlichsten die grösste Aussicht auf Erfolg haben, dass man einstweilen daran zweifeln muss ob ein vernünftiger Weg aus den jetzigen Finanzschwierigkeiten gefunden wird. Man scheint sogar einen neuen Beweis für den Sieg der Unsachlichkeit innerhalb der jetzigen Regierungskoalition erbringen zu wollen. Er soll anscheinend beim Finanzausgleich geliefert werden. Die Vorlage der Reichsregierung liegt im Reichstag seit Anfang April vor. Ihre Erledigung ist dringlich. Von ihr hängt die Aufstellung der Etats der Länder, noch mehr aber die der Gemeinden ab. Trotzdem wird sie nicht vorgenommen, weil innerhalb der Regierungskoalition ein grosser Streit ausgebrochen ist. Vertreter süddeutscher Länder - man nennt hierbei in erster Linie den stiernackigen badischen Zentrumsabgeordneten Dr. Föhr - verlangen, dass die Verteilung der Reichssteuern, insbesondere der Einkommensteuer, künftig nach einem ganz anderen Masstab als bisher vorgenommen wird. Es soll nicht nur das örtliche Aufkommen, sondern daneben auch der Gebietsumfang bei der Verteilung berücksichtigt werden. Hätte dieser Vorstoss Erfolg, dann würden aus der Einkommensteuer Beträge von vielen hundert Millionen, die anderswo aufgebracht werden, zur Subventionierung von Bayern, aber auch von Mecklenburg, verwendet werden. Sachsen z.B. würde durch diesen neuen Verteilungsschluss 85 Millionen Mark weniger erhalten, während Bayern 82 Millionen mehr erhalten würde. Dem Freistaat Sachsen würde fast die Hälfte seiner Einnahmen entzogen werden, er würde mit seinen schwierigen industriellen und wirtschaftlichen Verhältnissen zum dauernden Siechtum verurteilt sein, während Bayern im Ueberfluss schwelgen könnte.

Wo bleibt hier die "Führung" der Regierung Brüning? So muss man denn auch in der neuen Situation fürchten, dass die Abhängigkeit dieser Regierung von Wirtschaftspartei und Deutschnationalen, aber auch von anderen partikularen und unsachlichen Interessen den Sieg über das sachlich Richtige davontragen wird.

SPD. Im Strafrechtsausschuss des Reichstages hatte der Abg. Strathmann (Dtn) beantragt, den Eid abzuschaffen und an seine Stelle eine "feierliche Beteuerung" zu setzen. Die Einführung dieses neuen Prinzips wurde am Freitag mit 17 gegen 10 Stimmen angenommen. Dafür stimmten die Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten der Vertreter der Volkskonservativen und von der Deutschnationalen Volkspartei der Abg. Dr. Strathmann. Dagegen stimmten die übrigen Ausschussvertreter. Dann wurde über den formulierten Antrag D. Strathmann abgestimmt, der mit 15 gegen 13 Stimmen angenommen wurde. Sodann wurden die übrigen Vorschriften über falsche Beteuerung vor Gericht mit Zugrundelegung der neuen Fassung angenommen.

SPD. Die demokratische Reichstagsfraktion ersucht in einem Antrag die Reichregierung, bis zu der Reform der Umsatzsteuer die Erhebung der Sonderumsatzsteuer zunächst auszusetzen.

SPD. Der Ausschuss für den Reichshaushalt begann in seiner Freitagsitzung die Beratung des Etats des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Nach einleitenden Bemerkungen des der Wirtschaftspartei angehörenden Referenten ersuchte der Mitberichterstatler Schmidt-Köpenick (Soz) den Minister um eine Auskunft, wie es denn nun eigentlich mit der Verschuldung der Landwirtschaft stehe. Es sei jetzt erheblich ruhiger bezüglich dieser Frage geworden. Früher hätte der jetzige Herr Minister selber diese Frage oft und ausführlich behandelt. Die Verschuldung sei im allgemeinen mit 14 Milliarden angegeben worden, im vorigen Jahre sprach man von 11 Milliarden. Nach einer durch das Reichsfinanzministerium über die Finanzämter ausgenommenen Statistik betrage die Gesamtverschuldung jedoch nur 7,2 Milliarden, also die Hälfte der ursprünglich angegebenen Summe. Es werde zwar behauptet, dass in der Statistik des Reichsfinanzministeriums Fehlerquellen vorhanden seien, da Betriebe unter 5 Hektar nicht aufgenommen sind. Immerhin sei die Differenz enorm. Wie stehe es mit den in Aussicht genommenen Regelungen der Schlachtviehmärkte?

Minister Schiele nahm gleich nach dem Abg. Schmidt das Wort, um, wie er sagte, kurze grundsätzliche Ausführungen zu machen, aber nicht ein besonderes Bild der Not der Landwirtschaft zu zeichnen, denn diese sei ja offenkundig. Bezüglich der Verschuldung verwies er auf die Verschuldungskarte der deutschen Landwirtschaft, die in den einzelnen Finanzamtbezirken aufgenommen sei. Diese Karte zeige in einzelnen Bezirken Ostpreussens eine Verschuldung von über 80 %, in weiteren grossen Bezirken Ostpreussens eine solche von 70 bis 80 % des Einheitswertes. Das Hauptproblem mit dem er zu kämpfen habe, sei die Befestigung der Preislage der landwirtschaftlichen Produkte. Dieses Problem habe auch die Handlungen seines Vorgängers bestimmt. Zunächst müssen Schutzmassnahmen gegen die Konkurrenz des Auslandes getroffen werden. Die Handelspolitik müsse Erfolg haben, sie müsse insbesondere auch den Erfolg haben, der deutschen Landwirtschaft die Preise zu sichern, die ihre Existenz ermöglichen. Der Export könne nur gedeihen, wenn er sich aufbaue auf einer kaufkräftigen Bevölkerung. Man werde zu einer grundsätzlichen Änderung der Handelspolitik kommen müssen, das werde aber nicht sofort geschehen können, sondern wahrscheinlich nicht vor 1935. Durch organisatorische Änderung, durch freundschaftliche Verständigung mit den in Betracht kommenden Staaten müsse man aber jetzt schon Verbesserungen herbeizuführen suchen, ohne dass man zu Kündigungen der Verträge zu schreiten brauche.

Eine vordringliche Massnahme sei die Verabschiedung des Brotgesetzes, damit der Roggen in Deutschland konsumiert werde. Der Weizenvermahlungszwang habe sich bewährt, das betreffende Gesetz werde verlängert werden müssen. Ein Milchgesetz sei notwendig, insbesondere für die Bevölkerung der grossen Städte. Bei seiner Durchführung dürfe man auch vor einem gewissen Zwang nicht zurückschrecken. Überhaupt werden die ganzen Absatzverhältnisse landwirtschaftlicher Produkte auch evtl. durch heilsamen Zwang verbessert werden müssen. Hierzu gehört ein Lagerscheingesetz. Was den finnländischen Handelsvertrag angehe, so habe er eine Bindung des Käse- und Butterzolles gebracht. Wenn man nun aber bedenke, dass die deutsche Landwirtschaft bei der Butter- und Käsebereitung eine Milliarde Mark umsetze, so zeigt sich, dass Deutschland gerade in dem Gebiet der Milchwirtschaft besonders bedrängt sei. Man werde suchen müssen zu einer Lösung der Bindungen mit Finnland zu kommen. Der Minister besprach dann den Überfluss der Schweineproduktion in Deutschland und schloss mit dem Ausdruck seiner Freude über die verschiedenen auch von der Industrie jetzt veröffentlichten Agrarprogramme. Alle diese Programme zeigen das erfreulich wachsende Verständnis für die Not der Landwirtschaft und für die unlösbaren Zusammenhänge, die zwischen der Landwirtschaft und den übrigen Berufsständen sich herausgebildet haben. Die Programme allein könnten aber zu nichts führen. (Hier wurde unter allgemeiner Heiterkeit dem Minister der Zwischenruf gemacht: Auch nicht die der grünen Front!) Sondern es müssen den Programmen Massnahmen folgen, die durchzuführen er sich bestrebe.

Nach den Ausführungen des Ministers kam Abg. Schmidt-Köpenick (Soz) noch einmal auf die Verschuldungsfrage zurück und betonte, dass die Öffentlichkeit über Art und Umfang dieser landwirtschaftlichen Verschuldung gröblich irreführt worden sei. Ein erheblicher Teil der Verschuldung sei Sachanlage, also Kapitalsanreicherung.

Das Agrarprogramm der Industrie sei eine schallende Ohrfeige für die Politik des Landbundes. Die Roggenpolitik des Ministers werde keinen Erfolg haben. Angebot und Nachfrage werden niemals durch Preisfestsetzungen vom Ministerium aus zu regulieren sein. Jetzt beabsichtigt Herr Schiele sogar noch den Heringszoll zu erhöhen. Die Sozialdemokratie wolle keine Feindschaft zwischen Stadt und Land. Aber der Landbund hetze dauernd gegen die Städte. Dabei habe er es immer noch nicht fertig gebracht, an die deutschen Konsumvereine regelmässig so viel Butter liefern zu lassen, dass diese Vereine keine dänische Butter mehr zu kaufen brauchten.

Abg. Hepp (Chr.nat.Bauernp.) wandte sich zunächst scharf persönlich gegen den Abg. Schmidt-Köpenick. Die Sozialdemokraten antworteten darauf mit erregten Protestrufen. Die amtliche Statistik erfasse nicht die vielen versteckten Schulden der Landwirtschaft. In der Handelsvertragspolitik dürfe mit der Abkehr vom Meistbegünstigungsprinzip nicht fünf Jahre gewartet werden.

Ministerialrat Dr. Quassowski: Über den Stand der landwirtschaftlichen Verschuldung besteht einmal eine Erhebung der Landesfinanzämter nach dem Stande vom 1. Januar 1928, sodann die fortlaufenden Ermittlungen des Instituts für Konjunkturforschung. Nach der Erhebung der Landesfinanzämter ist eine Gesamtschuld der Landwirtschaft von 7,25 Milliarden festgestellt, während das Institut für Konjunkturforschung zur gleichen Zeit mit einer Gesamtschuld von zehn Milliarden; davon sichtbar 5,14 Milliarden für den Gegenwart, Stichtag vom 31. März 1930 mit einer Gesamtschuld von 11,8 Milliarden, davon sichtbar 7,66 Milliarden rechnet. Zur Erklärung der Differenz dient es, wenn beachtet wird, dass die Erhebungen der Finanzbehörden die Betriebe nicht lückenlos erfasst haben.

Abg. Rönneburg (Dem) erinnerte daran, dass bei der Aufstellung des Agrarprogramms des Reichsverbandes der Deutschen Industrie auch sehr prominente Vertreter der Landwirtschaft mitgewirkt hätten. Die Verschuldungs-Statistik leidet in ihrer Zuverlässigkeit darunter, dass sie auf den Einheitswerten aufgebaut ist, die tatsächlich in vielen Gebieten, besonders in Ostpreussen, bei weitem nicht erreicht würden. Bei Erbauseinandersetzungen werde meist ausgegangen von einer völligen Verkennung der wirklichen Werte. Diese landwirtschaftlichen Betriebe sind dann von vornherein zur Unrentabilität verurteilt. Die kranken Betriebe schädigen auch die gesunden dadurch, dass die Kredit gebenden Institute mit Rücksicht auf die kranken Betriebe eine Risikoprämie aufschlagen, die auch die gesunden Betriebe zahlen müssen. Die unerträgliche Zinsspanne, zwischen dem zentralen Kreditinstitut und dem letzten Kreditgeber hat dazu geführt, dass ostpreussische Landwirte heute noch vierzehn bis sechzehn Prozent Zinsen zahlen müssen. Es ist einfach nicht wahr, wenn behauptet wird, dass die ostpreussische oder die gesamte ostdeutsche Landwirtschaft pleite sei Von 108 000 ostpreussischen landwirtschaftlichen Betrieben haben nur 15 000 die Hilfsaktionen in Anspruch nehmen müssen.

Abg. Lang (Bayr.Volksp.) führte aus, die aner kennenswerte Hilfsaktion des Reichstags sei leider zu spät gekommen, um der ungeheuren Verschuldung der Landwirtschaft und der alle Einnahmen aufzehrenden Zinsen und Steuerlast Herr zu werden.

Die Weiterberatung wurde dann auf den Abend vertagt.

SPD. Der Beamtenausschuss des Reichstags beriet am Freitag über den Zeitpunkt der Weiterberatung des Beamtenvertretungsgesetzes. Die Vertreter aller Parteien bedauerten die durch die politische Lage eingetretene Verzögerung. Es wurde beschlossen, die Beratung am 17. September d. J. in Angriff zu nehmen, sodass das Gesetz noch bis Weihnachten 1930 im Plenum verabschiedet werden kann.

SPD. Der Ältestenrat des Reichstags beschäftigte sich am Freitag erneut mit dem Arbeitsplan des Reichstags, da einige Parteien den Wunsch hatten, wegen der Wahlen in Sachsen den Plan zu verändern. Der Ältestenrat hielt an dem aufgestellten Arbeitsplan fest, wonach am Mittwoch nächster Woche die Pflingstferien beginnen, der Reichstag dann am 16. Juni wieder zusammentritt und bis zur Sommerpause durchtagt. Die Haushaltsberatung soll bis zum 30. Juni abgeschlossen sein. Der Beginn der Sommerpause hängt von der Erledigung der dann noch ausstehenden Gesetze über die Osthilfe und die Arbeitslosenversicherung ab. Man rechnet aber damit, dass die Sommerpause in den ersten Julitagen beginnen wird. Der Ältestenrat einigte sich weiter dahin, dass für den Erweiterungsbau des Reichstags aus Sparsamkeitsgründen weitere Mittel vorläufig nicht angefordert werden sollen. Eine weitere Aussprache fand über den Antrag der Funkstunde statt, die Verhandlungen des Reichstags durch Rundfunk bzw. Schallplatten zu übertragen. Auf Grund der Verhandlungen in den Fraktionen sprachen sich die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, das Zentrum und die Bayerische Volkspartei gegen jede Übertragung aus. Für die Übertragung traten ein Sozialdemokraten, Kommunisten und Wirtschaftspartei, während sich die Demokraten und die Christlichnationalen ihre Stellungnahme vorbehielten, bis die Einzelheiten geregelt sind. Auf Grund dieses Ergebnisses wird Präsident Löbe zunächst weitere Verhandlungen mit der Funkstunde führen.

SPD. Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstags gab zunächst Reichsminister des Auswärtigen Dr. Curtius eine ausführliche Darstellung über die Verhandlungen der Genfer Ratstagung, wobei er auch auf seine sonstigen Besprechungen, insbesondere auf diejenigen mit dem französischen Aussenminister Briand einging. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde der Gesetzentwurf über einen Notenwechsel zum deutsch-portugiesischen Handelsabkommen nach kurzer Aussprache genehmigt. Ebenso stimmte der Ausschuss dem Gesetzentwurf über das zwischen Deutschland, Dänemark, Danzig, Polen und Schweden geschlossene Übereinkommen über die Regelung der Schollen- und Fludernfischerei in der Ostsee zu.

SPD. Reichsminister Dr. Wirth hat dem thüringischen Staatsminister Baum folgendes Antwortschreiben gesandt :

"Wenn ich sofort mich genötigt sehe, unter Vorbehalt meiner Stellungnahme im übrigen, auf die Angelegenheit der Empfehlung der Schulgebete einzugehen, so geschieht es, um nochmals zu betonen, dass ich dieser Angelegenheit eine grosse und vordringliche Bedeutung beimesse, und dass es für mich als Verfassungsminister nicht tragbar sein würde, wenn die Anordnung des thüringischen Fortbildungs-Ministeriums, welche die Schulgebete empfiehlt, auch nur für kurze Zeit in Kraft bliebe.

Welches ausserordentliche Aufsehen die Empfehlung der Schulgebete hervorgerufen hat, werden Sie, sehr verehrter Herr Minister, aus den Zeitungsmeldungen über die Beratungen meines Haushalts im Reichstagsausschuss entnommen haben. Die Vertreter sämtlicher Parteien haben sich nicht nur meiner Auffassung ohne Vorbehalt angeschlossen, sondern darüber hinaus an den gegen die

die Reichsverfassung verstossenden Inhalt einzelner Gebete und an der Tatsache, dass Gebete, die die Empfindungen Andersdenkender aufs schwerste verletzen, von dem thüringischen Fortbildungsministerium amtlich empfohlen sind, die schärfste Kritik geübt. Sie haben dabei insbesondere auch betont, dass über den Sinn und die offensichtliche verfassungswidrige Tendenz der Gebete nach der eindeutigen Auslegung durch Herrn Minister Frick nicht der mindeste Zweifel bestehen könne. Dass auch im übrigen einzelne der Gebete wegen ihres Inhalts einmütig abgelehnt und sogar als gemeinschaftszerstörend und widerlich bezeichnet wurden, will ich nur nebenbei erwähnen.

Ich halte mich für verpflichtet, Ihnen, sehr verehrter Herr Minister, diese klare Stellungnahme der Reichstagsparteien, die der meinigen durchaus entspricht, vor der von Ihnen in Aussicht genommenen Fühlungnahme mit kirchlichen Stellen und Berufsvertretungen mitzuteilen. Ich möchte Sie nicht im unklaren darüber lassen, dass auch eine Stellungnahme dieser Organisationen, selbst wenn sie von der meinigen abweichen sollte, mich in meiner wiederholt dargelegten Auffassung nicht würde beeinflussen können.

Ich richte deshalb die dringende Bitte an Sie, das thüringische Staatsministerium umgehend zu veranlassen, die Empfehlung der Gebete, von denen ich die Nummern 2, 3 und 4 in dem oben dargelegten Sinne beanstande, insoweit unverzüglich rückgängig zu machen, ohne dass vorher noch weitere Erörterungen mit den erwähnten anderen Stellen stattfinden. Ich sehe sonst für mich keine Möglichkeit, die Anwendung der mir nach der Reichsverfassung zustehenden Befugnisse, insbesondere eine Anrufung des Staatsgerichtshofes, hinauszuschieben."

Das thüringische Kabinett wird die Forderung des Reichsinnenministers am Sonnabend vormittag beraten. Das Reichsinnenministerium bereitet weitere Schritte wegen der Polizeifrage vor.

SPD. Im Reichstagsausschuss für die besetzten Gebiete stellte sich Minister Treviranus dem Ausschuss vor. Der Minister gab Kenntnis davon, dass eine Tochtergesellschaft der Bau- und Bodenbank als gemeinnützige Verwertungsgesellschaft die Verwertung des reichseigenen Besitzes im besetzten Gebiete vornehmen soll, um den Erlös - nach Abzug von zehn Millionen für die Osthilfe - ausschliesslich für die Zwecke der Westhilfe zur Verfügung zu halten. Bei der Verwendung der Mittel der Westhilfe soll jede Verzettelung verhütet werden.

Der Minister machte Mitteilung von der anlässlich der Befreiung der Rheinlande im Rahmen der offiziellen Feierlichkeiten geplanten Reise des Herrn Reichspräsidenten, die vom Abend des 18. Juli bis zum 23. Juli dauern wird und Feiern in Speyer, Mainz, Wiesbaden, Koblenz, Trier und Aachen vorsehen. Reichskanzler Brüning und Reichskanzler a.D. Müller werden in Mainz Reden halten. Die Ministerpräsidenten der beteiligten Länder und der Vorsitzende des Reichstagsausschusses für die besetzten Gebiete werden gleichfalls teilnehmen. Die Befreiungsfeier in Berlin wird im Zusammenhang mit der Verfassungsfeier am 11. August stattfinden, wobei Reichsinnenminister Dr. Wirth die Rede halten wird.

SPD. Bochum, 23. Mai (Eig. Drahtb.)

Wie aus Dorsten gemeldet wird, besteht die Absicht, das fertiggestellte Stück des Lippe-Seitenkanals schon in den ersten Junitagen in Benutzung zu nehmen, während die feierliche Eröffnung dieses wichtigen Kanals unter Beteiligung des Reichsverkehrsministeriums im August erfolgen soll.

SPD. Warschau, 23.Mai (Eig.Drahtb.)

Die ausserordentliche Sejmession, deren 1.Sitzung für heute mittag anberaumt war, wurde schon vor ihrer Eröffnung durch ein Dekret des Staatspräsidenten auf einen Monat vertagt. Als unmittelbare Ursache für diesen Schritt der Regierung wird die Furcht vor einem Misstrauensvotum sowie vor einer Debatte über die Budgetüberschreitungen des ehemaligen Finanzministers Szechowich angesehen, die seinerzeit für Wahlzwecke des Regierungsblocks gedient haben. Szechowich ist gestern aus der Regierungspartei ausgetreten, weil er sich mit dieser Art der Flucht vor der Verantwortlichkeit nicht einverstanden erklärt hat.

SPD. Sofia, 23.Mai (Eig.Drahtb.)

Eine vor einigen Wochen aus Südslawien in Nordwestbulgarien eingedrungene schwer bewaffnete Emigrantenbande, welche die Bevölkerung drangsalierte, ist nach langer Verfolgung von Gendarmen und Miliz gestellt worden. Bei heftigem Feuergefecht fielen ein Gendarm und ein Emigrant, die übrige Bande entwich ins Balkengebirge in der Richtung der Grenze.

SPD. Stambul, 23.Mai (Eig.Drahtb.)

In den letzten Sitzungen der Meerengenkommission, die wöchentlich einmal unter dem Vorsitz eines türkischen Admirals in Stambul zusammentritt, haben das rumänische und das englische Mitglied der Kommission ernststen Besorgnissen ihrer Länder wegen der russischen Flottenpläne Ausdruck gegeben. Im Januar sind bekanntlich das Schlachtschiff "Parijskata Kommuna" und der Kreuzer "Profintern" der Sowjetunion in das Schwarze Meer eingelaufen. Es hiess damals von russischer Seite, dass die beiden Schiffe lediglich in Sewastopol repariert und dann das Schwarze Meer wieder verlassen würden; indessen hat es jetzt den Anschein, als ob die beiden Schiffe dauernd im Schwarzen Meer bleiben werden. Die russische Schwarzmeerflotte ist durch diese beiden Schiffe derart verstärkt worden, dass sie nun der rumänischen und der türkischen Flotte - Bulgarien besitzt lediglich einige veraltete Torpedoboote - gewaltig überlegen ist. Seit einigen Wochen haben nun auch das Schlachtschiff "Marat" und ein weiterer russischer Kreuzer die Ostsee verlassen, und es ist durchaus nicht unwahrscheinlich, dass auch diese beiden Schiffe in absehbarer Zeit die russische Schwarzmeerflotte verstärken werden. In Wjerno-Leninsk (früher Nikolajewsk) bauen die Russen einen starken Kriegshafen und in Noworossijsk eine ganz neue Flottenbasis, während zugleich Sewastopol stärker als bisher befestigt wird.

SPD. Dresden, 23.Mai (Eig.Drahtb.)

Der Landesausschuss des Landesverbandes Sachsen der Volksnationalen Reichsvereinigung des Herrn Mahraun, die auf dem Jungdeutschen Orden beruht, hat beschlossen mit eigenen Listen im bevorstehenden Wahlkampf vorzugehen und jedes Kompromiss mit anderen Parteien abzulehnen.

SPD. Der Reichsverband der deutschen Industrie hat am Freitag in einer Hauptausschusssitzung in Berlin die von der rheinisch-westfälischen Industrie auf einer Tagung des sogenannten Langnamvereins aufgestellte Forderung, "mehr politische Arbeit für die Durchsetzung wirtschaftlicher Notwendigkeiten zu leisten", aufgenommen. Wie Geheimrat Duisberg, der Präsident des Reichsver-

bandes ausführte, "sei nicht daran gedacht, den Reichsverband oder andere Spitzenorganisationen der Wirtschaft zu politisieren. Man verlange nur, dass die notwendige Verstärkung der politischen Aktivität Aufgabe und Pflicht der einzelnen Persönlichkeit der Wirtschaft werde." Duisberg richtete einen Appell an alle verantwortlichen Leiter wirtschaftlicher Unternehmungen, "sich nach Massgabe ihrer Zeit und Kraft an den Volksvertretungen von Reich, Ländern und Gemeinden politisch zu betätigen."

Seit den Tagen des verstorbenen Hugo Stinnes, der sich durch die Deutsche Volkspartei in den Reichstag wählen liess, gilt es in Kreisen der Industrieprominenten nicht mehr für ganz schicklich, sich um ein parlamentarisches Mandat zu bewerben. Man hat dafür seine jungen Leute, sichert ihre Wahl durch entsprechende finanzielle Beihilfe und beschränkt sich im übrigen darauf, sich von diesen jungen Leuten über die Vorgänge in den Parlamenten informieren zu lassen und ihnen entsprechende Direktiven zu geben. Diese jungen Leute scheinen die Erwartungen der Industrieprominenten nicht ganz erfüllt zu haben. Deshalb erfolgt die in dem Appell Duisbergs ausgesprochene Verwarnung. Man darf also annehmen, dass der Reichsverband der deutschen Industrie den in Gang befindlichen Kampf um die Lastenverteilung in den nächsten Wochen und Monaten verschärfen wird, was mit der ganzen Situation, insbesondere mit der Lage der Reichsfinanzen, der Frage der Arbeitslosenversicherung usw. zusammenhängt. Wie die Ziele der Industrieprominenten hier aussehen, hat am Freitag Geheimrat Duisberg offen und klar gesagt, als er betonte, "nach der Staatsumwälzung sei die letzte Entscheidung auch in wirtschaftlichen Dingen in Hände gelegt worden die in diesen Fragen weder sachverständig noch bereit seien, die Verantwortung für diejenigen Dinge zu tragen, von deren Folgen die Masse der Bevölkerung in allererster Linie betroffen wird."

Unter Sachverständnis haben die Leute um Duisberg immer nur Wahrnehmung der schwerindustriellen Interessen verstanden. Das charakterisiert die Lage. Für die Arbeiterschaft muss der Appell des Reichsverbandes ein Ansporn sein, die politische und gewerkschaftliche Macht der Arbeiterklasse, die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaft weiter zu stärken.

SPD. Der Amtliche Preussische Pressedienst schreibt über die Obstruktion im Landtag: In Bezug auf die laufenden Ausgaben des neuen Etats bedeutet der Augenblickserfolg der Obstruktion keine Einschränkung der Geschäftsführung. Die Staatsregierung kann nämlich auf Grund der Bestimmungen des Artikels 64 der Preussischen Verfassung ungehindert die Arbeiten fortführen, die im Etat des Vorjahres bereits ihre Grundlage finden. Der mit äusserster Sparsamkeit aufgestellte Etat für 1930 geht aber in den laufenden Ausgaben nirgend über die Ansätze von 1929 hinaus, sodass ungestört im Rahmen des vorjährigen Haushaltsplans weiter gewirtschaftet werden kann. Anders liegt es mit den einmaligen Ausgaben. Hier wird sich in der Tat insofern eine Störung ergeben, als eine Reihe bedeutsamer Aufgaben nun noch nicht in Angriff genommen werden kann. Sie liegen in der Hauptsache auf dem Gebiet der Arbeitsbeschaffung bzw. der Unterstützung besonders notleidender Industrien, Gewerbe und örtlicher Bezirke. Es sei nur beispielsweise an Summen erinnert wie die Grenzlandhilfe von 15 Millionen RM., ferner an 1,4 Millionen RM. Staatsbeihilfen für den notleidenden Eisenerzbau im Sieg-, Lahn- und Dillgebiet, an Seefischereibeihilfen, an 4,5 Millionen RM. für Förderung der inneren Kolonisation und vieles andere mehr. Alle derartigen Summen, die, wie gesagt, zum erheblichen Teil der Arbeitsbeschaffung zugute kommen, dienen damit neben der direkten Hilfe für die betreffenden Erwerbszweige auch noch der Entlastung einer Reihe ohnehin oft notleidender Bezirke und Kommunen von neuen Erwerbslosen-Unterstützungen. Die Obstruktion hat also lediglich erreicht, dass wichtige und gerade in dieser Zeit der Wirtschaftsnot dringend notwendige Arbeiten, die zum guten Teil der ar-

beitslosen Bevölkerung helfen sollen, verzögert und vorläufig direkt unterbrochen werden. Die volle Verantwortung hierfür trifft die Parteien, welche die Abstimmung des Etats gar nicht erst gewagt, sondern das bequemere Mittel der Obstruktion vorgezogen haben, das allerdings von wenig staatspolitischem Verantwortungsgefühl zeugt.

SPD. Paris, 23. Mai (Eig. Drahtb.)

Die Pariser Konferenz zwischen den Delegierten der Finanzministerien, den Vertretern der Bank für internationale Zahlungen und des Grossbanken-Emissionskonsortiums hat schon in der ersten Sitzung einige der letzten Streitpunkte hinsichtlich der Reparationsanleihe regeln können. So ist vor allem die Verteilung der Anleihequoten auf die einzelnen Länder endgültig beschlossen. Es entfallen danach auf Frankreich 83, auf Amerika 82, auf England 50, auf Holland und Schweden je 25, auf die Schweiz 15, auf Deutschland zehn, auf Italien und Belgien je fünf Millionen Dollar. Über den Emissionskurs gehen die Verhandlungen noch weiter, doch ist der prinzipielle Beschluss gefasst worden, dass der Kurs umso höher liegen soll, je mehr die Anleihe von der zuständigen Regierung steuerlich begünstigt wird. In Frankreich beispielsweise, wo die Anleihe vollkommen steuerfrei bleibt, wird der Kurs beinahe an pari herankommen. Eine restlose Einigung für die Ausstellung der Anleihestücke und Kupons in den verschiedenen Währungen ist ebenfalls noch nicht gelungen, doch ist auch hier wenigstens eine Formel gefunden, die die volle Goldparität garantiert und den Anleihezeichnern Schutz gegen jede Valutaentwertung bietet.

SPD. Die von der Reichsanstalt soeben veröffentlichten neuen Arbeitslosenziffern haben die Warnungen der freien Gewerkschaften vollauf gerechtfertigt. Die neuen Zahlen haben die schlimmsten Befürchtungen übertroffen. Die voreiligen Leute, die noch vor Wochen der Sozialdemokratie Zweckpessimismus vorwarfen, sind nun selbst unter die Pessimisten gegangen. Wie alle Neubekehrten, neigen sie jedoch zu Übertreibungen. Sie reden bereits von einem Arbeitslosendurchschnitt in Höhe von 1,8 Millionen im Gegensatz zu der von der Reichsanstalt geschätzten Durchschnittsziffer von 1,5 Millionen Hauptunterstützte. Die Situation ist ernst, hochernst; sie fordert Taten, aber keine Panikmacherei. Wie leicht zu erkennen ist, soll für neuen Leistungsabbau und für eine Beitrags-erhöhung auf $4\frac{1}{2}$ Prozent Stimmung gemacht werden, damit die Besitzenden und die Existenzgesicherten nicht mit Hilfe eines allgemeinen Notopfers zu den Kosten des Arbeitslosenschutzes herangezogen werden. Die freiorganisierte Arbeiterschaft hält daran fest, dass neben einem Beitragssatz von vier Prozent zur Ab-dämmung der Arbeitslosennot Substanzsteuern notwendig sind.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung belief sich am 15. Mai auf rund 1 630 000 und in der Krisenunterstützung - nach weiterer Steigerung - auf rund 323 000. Damit ist, wie die Reichsanstalt in ihrem Bericht hervorhebt, die Überlagerung in der Inanspruchnahme der beiden Unterstützungseinrichtungen gegenüber dem Vorjahr, die Ende April etwa drei Viertel Millionen ausmachte, auf rund 826 000 Hauptunterstützungsempfänger angewachsen.

Die Zahl der verfügbaren Arbeitsuchenden, durch die die Lage des Arbeitsmarktes vor allem gekennzeichnet wird, hat in der Berichtszeit nur um 87 000 - in der zweiten Aprilhälfte um rund 100 000 - abgenommen und betrug Mitte Mai etwa 2 753 000, von denen nach Abzug der noch in gekündigter oder ungekündigter Stellung oder in Notstandsarbeiten Befindlichen rund 2 700 000 als arbeitslos gelten müssen; hiervon entfallen etwa 40,7 Prozent auf die Saisongruppen, 59,3 Prozent auf die Konjunkturgruppen, während Ende April das entsprechende

Verhältnis noch 42,9 zu 57,1 Prozent betrug. Die diesjährige Ziffer von rund 2,7 Millionen liegt um etwa 1,2 Millionen höher als die entsprechende Ziffer des Vorjahres.

Am verhältnismässig günstigsten ist die Entwicklung in Ostpreussen, Schlesien und Bayern; auch Sachsen und Mitteldeutschland zeigen eine kleine Entlastung, ausgesprochen rückläufig dagegen ist nach wie vor die Arbeitsmarktlage im Westen. -

Von einem schnelleren Rückgangstempo kann nach dem amtlichen Bericht also absolut nicht die Rede sein. Die Überlagerung gegenüber dem Vorjahr zeigt, dass man, selbst wenn im Herbst eine Wendung zur Besserung sich durchsetzen sollte, schon im Hinblick auf die scharfe strukturelle Arbeitslosigkeit für die folgenden Jahre mit einem höheren Arbeitslosendurchschnitt rechnen muss, als ihn die letzte Konjunkturperiode vor 1928 kannte.

SPD. Paris, 23.Mai (Eig.Drahtb.)

Erst im Laufe des Freitag sind bei der Reederei Fabry in Marseille nähere Einzelheiten über den Brand des Dampfers "Asia" eingelaufen. Danach ist die Zahl der Todesopfer bei dieser Katastrophe auf 112 Personen zu veranschlagen, und zwar ausschliesslich mohammedanische Pilger. Der Brand brach abends um acht Uhr im Zwischendeck des Dampfers, wahrscheinlich infolge der Unvorsichtigkeit eines Pilgers aus. Das Schiff, das vor der Hafeneinfahrt von Djiddah lag, gab sofort Notsignale ab. Obwohl zahlreiche Fischerboote herbeieilten, konnten nur 900 von den 1500 Passagieren aufgenommen werden. Die übrigen mussten ins Wasser springen und sich durch Schwimmen retten. Einige aber blieben an Bord in Gebete versunken und gingen mit dem Schiff untern. Um drei Uhr nachts verliess auch die Besatzung das Schiff.

SPD. Paris, 23.Mai (Eig.Drahtb.)

Der Postminister hat am Freitag eine Delegation des in Paris tagenden Kongresses der Beamtengewerkschaft empfangen, die ihm die Gehaltswünsche der Beamten und ihre Proteste gegen die letzten Massregelungen in aller Deutlichkeit auseinandersetzte. Der Minister versprach, wie er selbst in einem amtlichen Kommuniqué mitteilt, den Gehaltswünschen nach Möglichkeit nachzukommen, betonte aber, dass er bei einem neuen Streik mit ausserster Strenge eingreifen werde. Freu Freitag abend hat der sozialistische Gewerkschaftsring eine Massenversammlung der Postbeamten einberufen, in der zu den Verhandlungen am Freitag Stellung genommen werden soll. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, dürfte der Postbeamtenstreik schon gleich beim Widerzusammentritt des Parlamentes, und zwar am 4. und 5. Juni, zu einer ausführlichen Interpellationsdebatte Anlass geben, der umso grössere Bedeutung beizumessen ist, als nach den Postbeamten auch die übrigen Beamtensategorien sich zu bewegen beginnen.

SPD. Dresden, 23.Mai (Eig.Drahtb.)

Die Vertreter der sächsischen bürgerlichen Parteien hatten heute eine gemeinsame Sitzung, die der Prüfung der Möglichkeit gemeinsamen Vorgehens im Wahlkampfe galt. Wie im Vorjahre wurde die Möglichkeit der Aufstellung einer einheitlichen Liste schon aus technischen Gründen einstimmig verneint. Im übrigen sollen die Besprechungen nächste Woche fortgesetzt werden.

SPD. München, 23. Mai (Eig. Ber.)

Die Pressestelle des Bayerischen Bauern- und Mittelstandsbundes gibt folgende Mitteilungen wieder, die dem in Kempten erscheinenden "Allgäuer Landboten" aus führenden Kreisen der Milchwirtschaft des Allgäus zugegangen sind:

Am 7. Mai fand in München eine Besprechung zwischen dem Reichsernährungsminister Schiela und Vertretern der Milchwirtschaft statt. Ihr Zweck war die Einleitung einer Stützungsaktion für die Weichkäsepreise. Die Aktion sollte bezwecken, den Markt von der Überproduktion zu entlasten. Am 8. Mai folgte in Kempten eine Besprechung mit dem Ministerialdirektor im Reichsernährungsministerium, Geheimrat Posse. Es wurde vorgeschlagen, grössere Mengen Ware aus dem Markt herauszunehmen, sie ungefähr zwei bis drei Monate in Kühlhäusern lagern zu lassen, um so eine Abnahme der Produktion abzuwarten. Der Käse sollte nach den Abmachungen an Gefangenenanstalten, Versorgungsverbände usw. abgegeben werden, zu welchem Zweck Verhandlungen angeregt wurden.

Überraschenderweise erfuhr man nun, dass von Berlin Verhandlungen mit den sogenannten Pommerschen Meiereien in Berlin wegen Übernahme des Käses gepflogen wurden. Diese Meiereien nahmen die Ware auf und boten sie in Zirkularen, statt dass sie eingelagert worden wären, auf dem Berliner und verschiedenen anderen Märkten an, und zwar zum Preise von 29 Mark pro Zentner. Das Reich hatte aber die Ware im Allgäu um 33 bis 34 Mark gekauft. Die erwähnte Stützungsaktion war aufs bestimmteste zugesagt worden. Durch den geschilderten Verlauf ist also genau das Gegenteil von dem erreicht, was bei den Besprechungen bezweckt werden sollte. Am Mittwoch erfolgte nun auf der Kemptener Börse für Weichkäse ein weiterer Preisabschlag auf 20 bis 23 Mark (in der Vorwoche 23 bis 26 Mark), das ist zweifellos, zumindestens teilweise auf den erwähnten unglaublichen Vorgang zurückzuführen.

SPD. Reichsminister des Innern Dr. Wirth hat die Frage der Besetzung der Polizeidirektorstellen durch Nationalsozialisten durch einen Brief an den Vorsitzenden des Thüringischen Staatsministeriums, Staatsminister Baum, in Fluss gebracht.

SPD. München, 23. Mai (Eig. Drahtb.)

Die Abgeordnete des bayerischen Landtages, Rosa Aschenbrenner, die im vorigen Jahre aus der Kommunistischen Partei ausgetreten ist und seitdem im Landtag fraktionslos war, ist nunmehr der Sozialdemokratischen Partei, der sie früher schon angehörte, wieder beigetreten.

SPD. Weimar, 23. Mai (Eig. Drahtb.)

Der thüringische Volksbildungsminister Frick hat die Vorführung des russischen Films "Der Geiger Sonja Petrowka", der das Problem des deutschen § 218 behandelt, wegen seiner angeblichen bolschewistischen Tendenz für das Gebiet des Freistaates Thüringen verboten. Gleichfalls hat der Putschist Frick ein Disziplinarverfahren gegen den Volksschullehrer Zimmermann in Ruhla wegen kommunistischer Betätigung eingeleitet. Gegen die nationalsozialistische Betätigung von Polizeiverwaltungsbeamten hat man in Thüringen bekanntlich nichts einzuwenden.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Wie aus den Zahlen über die Arbeitslosen und die Krisenunterstützungsempfänger sich ergibt, werden für diese Zwecke erheblich höhere Beträge erforderlich als in den Haushaltsplan 1930 eingesetzt worden sind. Auch sind die Einnahmen des Monats April hinter den Schätzungen zurückgeblieben. Die darüber in der Presse wiedergegebenen Zahlen sind jedoch stark übertrieben. Über die Massnahmen zur rechtzeitigen Deckung der zu erwartenden Fehlbeträge haben zwischen den beteiligten Ministern ausführliche Besprechungen stattgefunden. Am Dienstag der kommenden Woche wird der Reichsfinanzminister dem Kabinett eine genaue Darstellung der Lage und seine Deckungsvorschläge unterbreiten.

SPD. Paris, 23. Mai (Eig. Drahtb.)

Die italienische Truppenlandung in Albanien wird von der Pariser Presse mit bewusster Konsequenz totgeschwiegen. Einige Blätter, die am frühen Nachmittag erscheinen, hatten wenigstens noch die Tatsache der Landung zu melden gewagt. Die späteren Nachmittagsausgaben aber verschweigen selbst diese Landung. In den Spalten des "Temps" sucht man vergeblich auch nur nach einer Andeutung über dieses gewiss nicht alltägliche Ereignis. Nur im Handelsteil des Blattes wird mitgeteilt, dass die Pariser Börse die neue Grosstat der italienischen Aussenpolitik mit einer panikartigen Baisse auf allen Marktgebieten begrüsst habe. In den politischen Kreisen Frankreichs glaubt man sich trotz allem keine besondere Sorge machen zu müssen. Die Landungsaktion sei, so hat man uns versichert, vielleicht nur eine Demonstration Mussolinis, um durch die Tat zu beweisen, dass er mit seinen Brandreden in Florenz und Mailand wirklich ernst genommen zu werden wünscht.

SPD. Brüssel, 23. Mai (Eig. Drahtb.)

Nach wochenlangen heissen Debatten trotz des heftigsten Widerstandes der Sozialisten beschloss die katholisch-liberale Kammermehrheit die Abschaffung der auf das kontrollierbare Einkommen gegründeten fortschreitenden Übersteuer und ersetzte diese durch eine auf unkontrollierbares Vermögen gegründete Zusatzsteuer. Diese reaktionäre Massnahme - der wahre Zweck ist der, einer Handvoll Millionären ein Steuergeschenk zu machen - dürfte den Regierungsparteien bei den nächsten Wahlen teuer zu stehen kommen.

SPD. Weimar, 23. Mai (Eig. Drahtb.)

Der Thüringer Landtag verabschiedete heute abend den Etat des Landes Thüringen nach Ablehnung aller sozialdemokratischen Abänderungsanträge mit 169 758 000 Mark in Einnahmen und Ausgaben ohne Fehlbetrag. Im Etat sind allerdings noch vorhanden 26 Millionen Fehlbetrag aus den letzten zwei Jahren und 60 Millionen Mark schwebende Schulden. Die Sozialdemokratische Fraktion brachte vor der Schlussabstimmung nochmals ihr Misstrauen und ihre schärfste Opposition gegen die Baum-Frick-Regierung und deren finanziellen Abdrosselungsmassnahmen zum Ausdruck. Sozialdemokraten, Kommunisten und der Demokrat stimmten gegen den Haushaltsplan.

Vorher brachte die Sozialdemokratie eine Entschliessung ein, die den Minister Baum fragte, ob er die Frick'sche Gebetsverordnung aufheben wolle und einen entsprechenden Beschluss des Landtages verlangte. Minister Baum meinte, keine Erklärung abgeben zu können, da das Kabinett erst Sonnabend vormittag über den neuen Wirth-Brief verhandele. Ein Beschluss des Landtages wurde von der Mehrheit gegen die Stimmen der Linken abgelehnt.

SPD. Wien, 23. Mai (Eig. Drahtb.)

In der Freitagsitzung des Nationalrats brachte die Regierung das Entwaffnungsgesetz ein, das nur aus einem Paragraphen besteht. Darin wird bestimmt, dass, wenn es die öffentliche Sicherheit erfordert, der Bundeskanzler den Besitz und das Tragen von Waffen verbieten kann. Diese Bestimmung stand schon im alten Gesetz, nur war die Befugnis zu diesem Verbot den Landeshauptleuten übertragen. Sie soll jetzt auf den Bundeskanzler übergehen.

Schober begründete die Vorlage. Er kam zunächst auf den Antrag des Abg. Sever zu sprechen und sagte, er habe eine Unterredung mit den Heimwehrführern über das Entwaffnungsgesetz gehabt und habe bei diesen wenig Verständnis gefunden. Er bleibe dabei, dass die Vorlage im Interesse der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung eine Notwendigkeit sei. Die Vorschläge der Heimwehren wie der Bundeskanzler entschieden zurück und bemerkte, dass dies aufgrund eines einstimmigen Beschlusses des Ministerrats geschehe. Er wiederholte dann seine im vorigen Jahre abgegebene Erklärung, dass die Regierung über ein verlässliches Bundesheer und eine verlässliche Polizei verfüge, die jeder Eventualität gegenüber gewappnet sei.

Der Minister des Inneren, Schumy, wandte sich sehr scharf gegen die Heimwehren. Er verwies auf die letzte Erklärung der Heimwehr für den Faschismus und fragte, ob das Volk die Freiheitsrechte dieses Staates gegen eine diktatorische Gewalt von Menschen eintauschen wolle, die selbst nur zur Macht gelangen wollten. Er habe keine Veranlassung, vor der Heimwehr zu kapitulieren. Die Regierung sei nicht geneigt, Angriffe gegen die Ruhe und Ordnung ruhig hinzunehmen.

Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde dann die Debatte über diese beiden Erklärungen eröffnet. Im Namen der Sozialdemokraten sprach Bürgermeister Seitz. Er begrüßte die Erklärungen der beiden Minister. Die Vorlage selbst aber sei ganz bedeutungslos, bringe nichts gegen die ständige Beunruhigung der Wirtschaft, sei auch kein Mittel, um wirklich eine Befriedung des Landes herbeizuführen. Die Regierung habe bisher nicht einmal die Bestimmungen des Kriegsgesetzes sich durchzuführen getraut und habe nicht einmal verhindert, dass die Heimwehren mit Gewehren, ja sogar mit Maschinengewehren öffentlich aufmarschieren. Die Sozialdemokraten seien der Ansicht, dass eine wirkliche Befriedung nur möglich sei durch Auflösung aller militärischen Selbstschutzformationen, ein Verbot der Aufmärsche und eine Kontrolle der Entwaffnung durch paritätische Kommissionen. Sie würden derartige Anträge auf Verbesserung des Gesetzes im Parlament einbringen.

SPD. London, 23. Mai (Eig. Drahtb.)

Das wichtigste Ergebnis der Fraktionssitzung vom Donnerstag abend, die dem Rücktritt Mosleys und der Arbeitslosenfrage gewidmet war und mit dem vollen Sieg der Regierung endete, liegt in der Erklärung MacDonalds, wonach er nunmehr selbst die Initiative in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf sich nehmen werde. Von bürgerlicher Seite hat man darin eine Zurücksetzung des Ministers für Arbeitsbeschaffung Thomas erblicken wollen. Diese Deutung dürfte jedoch fehlgehen. MacDonalds Entschluss ist vielmehr als eine weithin sichtbare politische Aktion gedacht, durch die zum Ausdruck gebracht werden soll, dass der Ministerpräsident nach dem Abschluss der Flottenkonferenz die Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als wichtigste Frage betrachte, der sich die Regierung gegenübersehe. MacDonald wünscht sich nunmehr mit seiner ganzen Autorität hinter die Arbeitslosenpolitik der Regierung zu stellen.

SPD. London, 23. Mai (Eig. Drahtb.)

Der Abgeordnete der Arbeiterpartei Attlee, der als Mitglied der Verfassungskommission für Indien längere Zeit hindurch dem öffentlichen Leben ferngestanden hat, wurde am Freitag zum Nachfolger Oswald Mosleys als Kanzler des Herzogtums Lancashire ernannt. Es handelt sich hier um einen Ministerposten ohne Portefeuille. Zur Stunde steht noch nicht fest, ob Attlee auch Mosleys Pflichten als beigeordneter Minister für Arbeitsbeschaffung neben Landsbury und Johnston erhalten wird.

SPD. New Delhi, 23. Mai (Eig. Drahtb.)

Frau Naidu, die anlässlich des letzten grossen Angriffs der Anhänger Gandhis gegen das Salzdepot in Dharsana verhaftet worden war, wurde am Freitag zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Vor ihrer Verurteilung erklärte Frau Naidu, sie sei glücklich, dass die Regierung, wenn auch widerwillig, eine wunderbare Propagandaarbeit für die Sache der Freiheitskämpfer geleistet habe. Durch die Verhaftungen und Verfolgungen hätte die Regierung die Weltmeinung und Weltsympathien schneller und nachdrücklicher für die Unabhängigkeitsbewegung mobilisiert als dies sonst der Fall gewesen wäre.

Einer der Freiwilligen, die während des Ringens am Donnerstag im Kampfe mit der Polizei schwer verletzt wurden, ist am Freitag in Dharsana an den Folgen seiner Wunden gestorben.

Obwohl der Aktionsausschuss des indischen Nationalkongresses noch keine endgültigen Beschlüsse über die nächsten Aktionen gefasst hat, so verlautet doch mit Bestimmtheit, dass nach dem Scheitern aller Versuche, den Besitz der staatlichen Salzdepots von Dharsana und Wadala zu forcieren, alle weiteren Aktionen in dieser Richtung eingestellt werden sollen. Im Bezirk Dharsana herrscht wiederum Ruhe. Die Polizei hat das Zeltlager der Anhänger Gandhis in Untadi wieder geräumt. Die Behörden suchen die Bevölkerung dadurch einzuschüchtern, dass sie Militärflugzeuge über der Stadt zu Demonstrationszwecken kreuzen lassen.

SPD. Bombay, 23. Mai (Eig. Drahtb.)

Augenblick sieht Bombay die grössten Demonstrationen in der bisherigen Freiheitsbewegung. 200 000 Demonstranten, die von 28 Wirtschaftsorganisationen zusammengetrommelt worden sind, bewegen sich in geschlossenen Zügen der Hauptstrasse zu. Der Polizeipräsident leitet in eigener Person die Abwehrmassnahmen, um die Demonstranten zu verhindern, in den Festungsbezirk einzudringen.

SPD. Valetta (Malta), 23. Mai (Eig. Drahtb.)

Als der Ministerpräsident von Malta, Lord Strickland, am Freitag in Begleitung von einem Polizeibeamten das Gerichtsgebäude betreten wollte, wurde ein Attentatsversuch auf ihn gemacht. Ein Mann namens Miller feuerte mit einem Revolver drei Schüsse aus unmittelbarer Nähe auf Lord Strickland ab, die jedoch dank der Geistesgegenwart des Polizeioffiziers sämtlich ihr Ziel verfehlten. Über die Hintergründe des Attentats fehlen bisher alle Einzelheiten. Der Attentäter soll ein Epileptiker sein und hat vor Gericht Geisteskrankheit angegeben. Es kann jedoch angenommen werden, dass das Attentat im Zusammenhang mit der überaus gespannten innerpolitischen Situation Maltas steht, die durch das Eingreifen des Vatikans in die innere Politik des Landes geschaffen wurde. Da die Behörden unmittelbar nach dem Attentat mit schweren Unruhen rechneten, wurde die Polizei verstärkt und strenge Vorsichtsmassnahmen durchgeführt. Obgleich Ruhe herrscht, sind bei der allgemeinen Erregung, die durch die religiösen Kämpfe der letzten Monate gesteigert wurde, weitere Ausschreitungen nicht ausgeschlossen.

Sir Oswald Mosley.

(Von unserem Londoner Korrespondenten.)

SPD. Sir Oswald Mosley ist im Jahre 1924 raketengleich am Firmament der britischen Arbeiterbewegung aufgestiegen.

Aus einer alten aristokratischen Familie stammend, die Grossbritannien eine Reihe weniger bedeutungsvoller Politiker geschenkt hatte, mit irdischen Gütern reich gesegnet und durch seine Verheiratung mit Lady Cynthia, der Tochter Lord Curzons, noch mehr als vorher in den Mittelpunkt der englischen society gerückt, hat sich sein Leben von frühester Jugend an im Scheinwerfer der Oeffentlichkeit abgespielt. Mühelos wurde er mit 24 Jahren als Konservativer ins Unterhaus gewählt, mühelos vermochte er später als "Wilder" seinen Wahlkreis zu halten und bei der denkwürdigen Nachwahl in Smethwick einen konservativen Wahlkreis für die Labour Party zum ersten Male zu gewinnen.

Den Eindruck, den der neubekehrte Oswald Mosley auf einen ausländischen Beobachter machte, habe ich im Jahre 1924 in einem Tagebuchblatt notiert, von der die wesentlichen Teile hier wiedergegeben seien:

"Wie seltsam jener erste Eindruck einer englischen Arbeiterversammlung! Das "Empire" voll gepackt mit Menschen, die sich dem ungewohnten Auge sozial so gar nicht einordnen liessen, so gar nicht dem Bilde unserer Proletarier ähnelten. Nicht so sehr im Aeusseren, wiewohl auch dies allen Erfahrungen daheim widersprach, freier schien, offener, sorgloser. Aber was diese Klasse unterschied, war ihre naive Heiterkeit, ihr good humor, ihre Freude am gemeinsamen Ulk. Das waren so gar nicht die steifen Engländer unserer Vorstellung...

Selbst die Tribüne bot hier dem Fremden einen erstaunlichen Anblick. Hier sass - nie geträumtes Bild! - ein Geistlicher im Rundkragen inmitten der Redner der sozialistischen Partei. Plötzlich ging eine Bewegung durch die Menge, und ein junger Mensch, Antlitz der herrschenden Klasse Britanniens, aber mit einem leichten Douglas-Fairbanks-Zug, schob sich, gefolgt von einer Dame im schweren, kostbaren Pelz, durch das Gedränge dem Podium zu. Da stand der junge Oswald Mosley, dessen späterer Aufstieg zu den seltsamsten Erscheinungen der Arbeiterbewegung der Welt gehören sollte, frisch in die sozialistische Bewegung hineingeschnitten, vor seiner ersten Londoner Versammlung. Er wurde vorgestellt und schon, erinnere ich mich recht, schmetterte ein "For he is a jolly good fellow and so say all of us" (denn er ist ein prächtiger Junge, das sagt jeder) dem jungen Menschen aus zweitausend Kehlen entgegen. Undenkbar, dass daheim ein Mann von knappen achtundzwanzig Jahren, ein Rekrut, ein typischer Aristokrat, ein Ueberläufer, von einer Arbeiterversammlung so begrüsst worden wäre, sich so hätte begrüssen lassen dürfen...

Dann sprach der neue Mann, Invergesslich prägte sich der Stil dieser Rede ein; sie war hymnisch, sentimental, wandte sich an das Gefühl, nicht an den Verstand, war ein Bekenntnis zur sozialistischen Idee, dem Redner noch sichtlich Gegenstand des Wunders und des jungen Erlebnisses. Kein Redner in einer Arbeiterversammlung daheim hätte wagen können, sich so hemmungslos an das Gefühl zu wenden, ohne für alle Zeiten als Gefühlspolitiker kompromittiert zu sein.

Nun aber kam etwas Unerwartetes, für mich in seiner Spontanität Erschütterndes, wiewohl es eine lächerliche Kleinigkeit war und allen ringsum selbstverständlich zu sein schien: aus der Versammlung heraus wurden Rufe laut, verdichteten sich und plötzlich stand die soignierte Dame im Pelz von ihrem Stuhle auf und sagte einige wenige, sympathische Worte, die ich verstand, weil sie einfach waren und unmittelbar von Herzen kamen. Sie sagte, dass sie niemals in einer Arbeiterversammlung gewesen sei und wie die Wärme dieses Empfanges sie tief berühre. Sie sagte es schlicht und beinahe schüchtern, aber doch wie jemand, der gewohnt ist, ohne akklamiert zu werden und ohne Lampenfieber einen Basar, eine

Sammlung für wohltätige Zwecke zu eröffnen. "Lady Cynthia Mosley" flüsterte mir ein Ordner mit einer Binde, der neben mir stand, erregt zu, und später, als er mich für nicht genügend beteiligt halten mochte, "Lord Curzons Tochter". Stolz strahlte er dabei übers ganze Gesicht. Ringsum tobte noch immer die Versammlung, wie daheim beim Boxkampf oder auf einem Jahrmarkt. Es war in den ersten Wochen der Labour-Regierung, von 1924, noch überwog unter den Arbeitern, weit über die Parteiorganisation und über die sozialistischen Wähler hinaus, der bezwingend naive, hinreissende Stolz darüber, dass von Männern ihres Vertrauens und in ihrem, ihrem, ihrem Namen das mächtigste Reich der Erde regiert werde. - Welch andere Welt war dies, eine Tagreise von daheim entfernt! Welch unbegreiflich andere Welt! Wo ich hergekommen war, hätte ein Mosley jahrelang im Dunkel dienen müssen. Parteistatuten hätten ihn jahrelang von jedem Einfluss ferngehalten, sein Anspruch auf ein Mandat wäre auf ein Jahr fünf hinaus mit ironischem Lächeln bestritten worden. Hier aber stellte man einen Mosley sofort, inmitten von London, auf eine exponierte Tribüne und schien sich seines Bekenntnisses in aller seiner konvertitenhaften Ungestümheit und Naivität zu freuen."

Seither sind sechs Jahre vergangen. Aus dem ungestümen Jüngling ist ein reifer Mann geworden. Sein Ehrgeiz ist wie ehemals eine der Haupttriebfedern seines Handelns. Aber er hat gelernt, sich auf ernste Aufgaben zu konzentrieren. Er ist ein harter Arbeiter geworden. Er hat versucht, durch Hingebung an die Sache zu verdienen, was ihm ein lächelndes Schicksal mühelos in den Schoß geworfen hatte.

Mosley ist heute ein ernster Faktor der englischen Politik geworden. Sein ungeheurer Reichtum - man spricht von einem Jahreseinkommen von einer halben Million Mark - , seine gesellschaftliche Stellung, seine einzigartige Rednergabe, die die verschiedenartigsten Auditorien hinzureissen versteht, seine parlamentarische Geschicklichkeit und seine Sachkenntnis haben ihm in dieser seltsamen englischen Welt eine weit über seine Partei hinaus reichende Stellung verschafft. In der Labour Partei freilich ist er trotz der zahlreichen Überläufer aus dem bürgerlichen und aristokratischen Lager ein Fremdkörper geblieben.

Zuweilen scheint es, als hätte er, dem bisher in einem jungen Leben zu Vieles und zu Grosses gelungen ist, seine Kraft überspannt, seinen Einfluss überschätzt. Als hätte er durch seinen Aufstieg Gegenkräfte ausgelöst, die stärker sein werden als er und die Mächte, die hinter ihm stehen. Sein Rücktritt als Minister, sei er von seiner Überzeugung diktiert, sei er ein politischer Schachzug, ist eine Kampfansage an den Führer der Partei, MacDonald, der Mosleys Aufstieg bewusst gefördert hat. Seine Demission ist als erster grosser Schritt im Kampf um die Führung der Partei gedacht. Nicht für heute und nicht für morgen, aber für eine spätere Zeit, in der die Partei dereinst einen Nachfolger MacDonalds zu wählen haben wird. Nirgends ist Prophezie so schwer, nirgends so unsicher wie auf politischem Gebiet. Aber Mosley gleicht zu sehr einer Reihe von glänzenden, wenn auch unzuverlässigen und erratischen Personen, die die Geschichte des Sozialismus als Episoden und Gäste in der Arbeiterbewegung verzeichnet. Mosley ist komatengleich aufgestiegen, wird auch er, glänzend und sprühend wie ein Komet vom Firmament der Arbeiterbewegung wieder verschwinden?

Reichstags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 23. Mai (Eig. Bericht)

Der dritte Tag des Debattierens über den Reichswehrhaushalt gehörte der Marine. Wieder erstattete der sozialdemokratische Abg. Stücklen Bericht. Er gab ein Bild des tragikomischen Verhaltens der Marineleitung gegenüber dem Panzerkreuzer B. Zwar wünschte sie den Kreuzerbau, aber sie wagte nicht, selbst den Antrag zu stellen. Deshalb inspirierte sie Mitglieder des Reichsrats. Die setzten die erste Rate in den Haushalt ein. Im Reichstagsausschuss stellten sich die Marineleute hin, man könne die erste Rate einsetzen, ohne dass sich die Ausgaben im Haushalt vermehrten. Man braucht nur von dem Bau des Kreuzers Leipzig 2,9 Millionen abzusetzen. Natürlich nur für dieses Jahr, im nächsten Jahre müssten diese 2,9 Millionen nachträglich bewilligt werden, also in Wahrheit keine Ersparnis. Nun ergab sich folgender Zustand: Der Reichstagsausschuss lehnte ab, die erste Rate für den Panzerkreuzer B einzusetzen. Er hatte inzwischen aber auch schon die 2,9 Millionen Mark am Ersatzbau Leipzig gestrichen, sodass die Marine weder die Rate für den Panzerkreuzer B, noch die 2,9 Millionen für den Kreuzer Leipzig erhält. Für diese Beschlüsse setzte sich Stücklen als Berichterstatter ein. Rühmend hob er hervor, dass nur ganz wenige Soldatenmisshandlungen in der Marine bekannt geworden seien. In einem Falle sei der Täter streng bestraft und aus der Marine ausgeschlossen worden.

Der Reichswehrminister Groener leitete diesen Teil seines Haushaltes mit Vergleichen über die Marinestreitkräfte verschiedener Grossmächte ein. Nach dem Versailler Vertrag sind wir berechtigt, folgende Kriegsschiffe zu haben: 6 kleine Kreuzer, 6 Linienschiffe, 12 Torpedoboote und 12 Zerstörer. Ausserdem sind uns 2 Linienschiffe, 2 kleine Kreuzer, 4 Torpedoboote und 4 Zerstörer als Reserve zugestanden worden. Nach den Angaben Groeners waren unsere Schiffe schon bei Kriegsende veraltet. Die Linienschiffe haben inzwischen ein Alter von 24 bis 28 Jahren erreicht, während uns durch den Friedensvertrag der Ersatz schon nach 20 Jahren zugestanden ist. Mit elegischem Ton sagte Groener, alles sei gut gelaufen, bis aus Wahlgründen die Parole Panzerkreuzer oder Kinderspeisung ausgegeben worden sei. Seitdem werde die Marine nicht mehr sachlich behandelt. Er kündigte an, dass er im nächsten Jahre unbedingt die erste Rate für Panzerkreuzer B fordern werde. Für das Jahr 1931 werde er entsprechend dem Reichstagsbeschluss einen Plan für die Ersatzbauten der Marine vorlegen. Groener sagte ferner, dass im letzten Friedensjahre die Ausgaben für die Marine 13 v.H. des gesamten Reichshaushaltes betragen hätten, im Jahre 1929 seien es nur noch 1,7 v.H. gewesen. An Schiffen unter 16 bis 20 Jahren hätte England 287 mit 1 292 000 Tonnen, Vereinigte Staaten von Nordamerika 343 mit 1 020 000 Tonnen, Japan 212 mit 738 000 Tonnen, Frankreich 180 mit 552 000 Tonnen, Italien 161 mit 303 000 Tonnen, Deutschland 16 mit 36 000 Tonnen. Dabei sei die Höchstgrenze, die uns durch den Friedensvertrage zugestanden worden sei, 120 000 Tonnen. Die Rechte begleitete diese Zahlenangaben mit lebhaften Hört!-Hört!-Rufen. Heiterkeit gab es auf der Linken, als Groener von den blauen Jungen schwärmte, die mit ihren Schiffen ins Ausland führen, u.a. um bei den Auslandsdeutschen die - deutsche Sprache zu erhalten.

Die sozialdemokratische Antwort gab dem Minister der Abgeordnete Eggerstedt. Er hob klar heraus, dass die Sozialdemokratie die Wehrmacht bejaht. Solange wir eine Marine hätten, müssten diesem Teil der Wehrmacht natürlich auch Kriegsschiffe zur Verfügung gestellt werden. Die Meinungsverschiedenheit zwischen Minister und Sozialdemokratie liege in der Frage des Tempos des Ersatzes. Mit erhobener Stimme rief Eggerstedt dem Minister zu, man könne dem Volke nicht zumuten, dass es in einer so schweren Wirtschaftskrise 400 Millionen Mark für Ersatzbau von Schiffen aufbringe. Die Rechte protestierte erregt. Eggerstedt brachte sie zur Ruhe mit der Bemerkung, dass die protestierenden Abgeordneten, die aus dem Handgelenk 100 Millionen für die Marine bewilligen

wollten, bekanntlich für die Erwerbslosen nicht genügend Mittel aufbringen konnten. Die Sozialdemokratie, sagte Eggerstedt, bestimme ihr Urteil über die Wehrmacht nicht durch Rücksichten auf das Ausland. Auf der anderen Seite könne man natürlich auch in dieser Frage an der allgemeinen politischen Lage nicht vorübergehen. Die Behauptung, dass an den ersten Bauten für Panzerkreuzer B 800 Personen beteiligt sein würden, wies der sozialdemokratische Redner mit dem Hinweis zurück, dass es höchstens 200 sein könnten. Dann polemisierte Eggerstedt lebhaft gegen die Einseitigkeit des Offiziersersatzes in der Reichswehr. Unter 439 Marineoffizieren sind die Hälfte Söhne von Beamten, ein Viertel Söhne von Offizieren und Heeresbeamten, ein weiteres Viertel Söhne von Ärzten, Apothekern, Landwirten usw. Nicht ein Arbeitersohn, nicht ein Handwerkersohn im Offiziersersatz der Marine, obwohl Arbeitersöhne mit Abiturientenexamen sich gemeldet haben. Eggerstedt schloss wirkungsvoll mit der Bemerkung an den Minister, dass jeder Reichswehrminister, wenn er seiner Aufgabe gerecht werden wolle, ein Vertrauensverhältnis zwischen Heer und breiten breiten Massen herstellen müsse. Kein Wehrminister könne an den 9 Millionen sozialistischen Wählern vorübergehen. Die sozialdemokratische Kritik habe ein positives Ziel. Wenn Groener dies begreife, würden wir mit ihm gehen können. Aber auch nur dann.

Im weiteren Verlauf der Debatte sprach sich sowohl der bayerische Volksparteiler Loibl wie der Zentrumsabgeordnete Wegmann gegen die Bewilligung der ersten Rate für den Panzerkreuzer B in diesem Jahre aus. Beide kündigten veränderte Stellungnahme im nächsten Jahre an, wenn das Marinebauprogramm vorliegt: Herrn Wegmann wird man dies umso mehr glauben, als er der Zentrumsabgeordnete ist, der schon diesmal im Haushaltsausschuss für die Rate gestimmt hat.

Dann folgten in langer Reihe die Abstimmungen über den Reichswehrhaushalt. Zu Beginn zogen sich die Kommunisten eine Panne zu. Sie hatten in ihrem Scheinkampfe gegen den Reichswehrminister Groener ein Misstrauensvotum eingebracht und beantragten namentliche Abstimmung. Aber siehe da, sie hatten nicht einmal so viele Abgeordnete im Saal, als für die Unterstützung dieses geschäftsordnungsmässigen Antrages notwendig sind. Selbst als die drei anwesenden Nationalsozialisten sich als technische Nothilfe für die Kommunisten erhoben, reichte die Unterstützung nicht aus. In einfacher Abstimmung wurde der Misstrauensantrag abgelehnt. Die Sozialdemokraten enthielten sich der Stimme. Als sich Severing gegen das Misstrauensvotum erhob, stimmten die Kommunisten ein grosses Hallo an. Reichswehr- und Marinehaushalt wurden im wesentlichen nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen. Die sozialdemokratischen Streichungsanträge, für die auch die Kommunisten stimmten, wurden abgelehnt. Die Regierungsparteien hatten insgesamt Streichungsanträge in Höhe von 1 Million Mark gestellt, eine lächerliche Summe gegenüber dem 700 Millionen Wehretat. Diese kleinen Streichungen wurden angenommen.

Spannend wurde die Abstimmung erst, als man im Marinehaushalt an die Panzerkreuzer kam. Für den Panzerkreuzer A (Ersatz Preussen) wird eine neue Rate von 9,7 Millionen Mark gefordert. Die namentliche Abstimmung, deren Ergebnis mit grosser Mehrheit für die Rate ganz zweifellos erschien, ergab eine gewisse Überraschung. Es stimmten nur 207 Abgeordnete mit ja, 184 mit nein und 7 enthielten sich der Stimme; also eine ganz knappe Mehrheit. Auf der rechten hätte man nicht aufgepasst. Man glaubte, es handle sich schon um die erste Rate des Panzerschiffes B (Ersatz Leipzig) und riskierte einige Bravorufe. Erst das Gelächter links machte die Herren aufmerksam, dass sie zu früh jubelt hatten.

Es folgte sofort die Abstimmung über die Frage, ob eine erste Rate für das Panzerschiff B eingesetzt werden soll. Die erste Rate des Panzerkreuzers B wurde mit 277 Nein gegen 123 Ja bei einer Enthaltung abgelehnt. Damit war die zweite Beratung des Reichshaushaltes erledigt. Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr.

Aus aller Welt

Berliner Volksbühnenschlacht am Märchenbrunnen.

Wenn Kommunisten protestieren....

SPD. Szenerie: Prachtsäle am Märchenbrunnen in Berlin -Friedrichshain. Aber es geht da nicht so idyllisch zu, wie man nach dem romantischen Namen annehmen müsste. Auf der Strasse patrouilliert Schupo und hält ein paar hundert Leute, die noch in den Saal wollen, höflich aber bestimmt zurück. Neugierige, die über Phantasie verfügen, gehen die krummsten Wege, um durch den abschliessen=den Kordon zu schlüpfen. Ein paar ganz Pfiffige suchen von einem benachbarten Kino über die Mauer hinweg in das Allerheiligste zu gelangen. Der erste Teil des Vorstosses gelingt. Aber vor der Saaltür werden die Bühnenkletterer von einer Kontrolle abgefangen. - -

Die "Kultur"-Zellen.

Was erregt hier so das allgemeine Interesse, das man selbst zum Bergsteiger wird, um Ohren- und Sehzeuge werden zu können? Der aufgelöste, linksradikal politisierende Arbeitsausschuss der Sonderabteilungen der Berliner Volksbühne der sich hauptsächlich aus Kommunisten und mit ihnen Sympathisierenden zusammensetzt, hat eine Protestkundgebung einberufen, zu der auch die Freunde der Volksbühnenmehrheit und ihre rednerischen Repräsentanten erschienen sind. Es ist eine stattliche Serie von Rednern, die hier aufmarschiert. Neben Alfred Kerr, Erich Mühsam, Erwin Piscator, Karl Heinz Martin, Professor Goldschmidt und den organisatorischen Leitern des Arbeitsausschusses Stein und Schleye Nestriepke, der von den Kommunisten aufs wütendste und gehässigste bekämpfte Generalsekretär der Volksbühne. Es gibt keinen Augenblick Ruhe. Die Redner sind in dem tosenden Lärm minutenlang überhaupt nicht zu verstehen. Ein plastischerer Anschauungsunterricht über die unmögliche Kampfesweise der kommunistischen "Kultur"-Zellen ist kaum denkbar. Da der Arbeitsausschuss befürchtet, dass die Versammlung mit einem gewaltigen Fiasko für ihre Manager endet, haben sie durch einen Aufruf in der "Roten Fahne" alle herbeigelockt, was zwar mit der Volksbühne nichts zu tun hat, aber dafür über gewaltige Lungenkräfte und schlagfertige Fäuste verfügt. 16 - 17 Jährige mit hochgekrempeelten Ärmeln und vor Begeisterung am Klamauk sprühenden Augen haben sich links und rechts vom Podium auf Stühle gestellt und schreien im Sprechchor alles nieder, was ihnen nicht in den Kram passt....

Klein=Mussolini.

Zuerst spricht Herr Stein, ein junger Mensch mit viel Pathos und ein wenig zu viel Selbstbewusstsein. Was er sachlich zu sagen hat, ist ungemein wenig. Dafür ist sein Schatz an Phrasen um so reichhaltiger. Recht durchsichtig ist, wie er sich von seinem kommunistischen Parteifreunden zu distanzieren versucht. Wie naiv er die angeblich völlige Objektivität und Unabhängigkeit des Arbeitsausschusses betont. Er macht der Volksbühnenleitung die heftigsten Vorwürfe, dass sie Piscator am Nollendorfplatz nicht vor seiner Pleite bewahrt habe. Plötzlich schlägt er sich mit Mussolini=Geste an die Brust, und donnert pathetisch in den Saal: "Was wäre aus der Volksbühne geworden, wenn wir, die Sonderabteilungen, nicht da wären! Alles, was gut und neu an der Volksbühne ist, haben wir ja gemacht!" Diese sehr kühne Behauptung erregt unter den Wisenden viel Heiterkeit, bei den herbeikommandierten RFB- und KJV-Leuten allerdings ein wildes Beifallsjohlen, das sich garnicht wieder legen will. Mit leise triumphierendem Lächeln verlässt Herr Stein das Podium....

Der ausgepiffene "Versöhnler".

Wie wenig mit diesen Leuten ein sachliches Diskutieren möglich ist, zeigt in geradezu klassischer Klarheit die Rede von Alfred Kerr. Kerr sucht zu vermitteln, sucht mit gewiss ehrlichem Bemühen eine mittlere Linie zu finden, auf der man sich einigen könne. Für Kerr, den ersten Theaterkritiker des demokratischen "Berliner Tageblatts", ist das gewiss leichter als für irgend jemand anders, solch unverbindlich-versöhnliche Töne anzuschlagen, weil er ja den Fragenkomplex, bei dem auch gewichtige materielle Dinge mitsprechen, nur vom Standpunkt des künstlerisch Interessierten aus betrachtet. Aber der wohlmeinende Mittler hat grosses Pech. Die Kommunisten, unduldsam aus Prinzip, toben gegen alles, was ihnen nicht hundertprozentig in den Kram passt. Formuliert Kerr nur einen Satz, der ihnen nicht ganz aus der ekkitreuen Seele gesprochen ist, so erhebt sich ein wildes Pfeifen, Johlen und Trampeln, unartikulierte Schreie werden laut, und sogenannte Versammlungskonferenciers, die sich für besonders geistreich halten, lassen ihre neckischen Zwischenrufe laut werden. "Mensch" ruft einer, der, wohl der besseren Akustik wegen, auf den Schanktisch geklettert ist mit einer gröhlenden Stimme, die selbst die "dicke Luft" dieses Versammlungsraumes wie eine Trompete durchdringt, "lass Dir erst mal Deine Christusglatze mit Stacheldraht einzäunen, ehe Du weiter sprichst." Dieser herrlichen Witz erregt brüllendes Gelächter der versammelten "Volksbühnenelite" und spornt einen anderen zu ähnlich gelagertem "Humor" an. "Warum stotterst Du denn so? Dir hat wohl Zörgiebel mit'm Gummiknüppel die Zähne ausgeschlagen?" Wiederum starker Applaus. So sieht das Menschenmaterial aus, mit dem man die "verbonzte korrupte" Volksbühnenleitung aus dem Sattel heben möchte...

Krach um Nestriepke.

Karl Heinz Martin, der die Volksbühne im letzten Jahr auf eine beträchtlich künstlerische Höhe geführt hat und in dessen Aera Uraufführungen wie die von "Rost", "Amnestie", "Die Unüberwindlichen" fallen, versucht mit aller Schärfe, seinen ablehnenden Standpunkt den verderblichen Intriguen des Arbeitsausschusses gegenüber zu begründen. Die Arbeitsausschüssigen wissen ihm nichts anderes zu antworten, als dass er charakterlos sei. Sie wissen das zu antworten, aber nicht zu begründen. Und Martins Ausführungen fallen hier naturgemäss ebensowenig auf fruchtbaren Boden, wie die Worte Nestriepkes, der gleichfalls das Wort ergreift, um die Stellung des Volksbühnenvorstandes darzulegen.

Bei Beginn der Rede Nestriepkes bricht ein wahrer Hexensabbath an Krawall los. Den entfesselten Radikalen gegenüber nützen keinerlei Argumente. In Höhn- und billigen Zwischenrufen soll alles erstickt werden, was die Volksbühnenleitung an durchaus gewichtigen Gründen für ihren Auflösungsschritt zu sagen hat. "Keinen einzigen positiven Vorschlag hat uns der sogenannte Arbeitsausschuss der Sonderabteilungen machen können!" stellt Nestriepke fest. Wildes Geschrei - ist das eine Widerlegung? "Ein so schwer kämpfendes Unternehmen wie die Volksbühne kann keine Gelder zum Fenster hinauswerfen. Es ist unmöglich, um eines Experimentes willen ein Institut wie die Volksbühne zu gefährden, das die gesamte Arbeiterschaft unter unerhörten Opfern mit ihren Groschen aufgebaut hat." Kreischende Zurufe: "Das Geld ist schon da, Ihr Schweinebonzen habt es aber versoffen!" Nestriepke lässt sich nicht beirren und bleibt trotz der wütenden Tumulte, die die Opposition entfesselt, auf dem Podium, um den Standpunkt der Volksbühne klarzulegen. Wie der Redner endet, kommt es an mehreren Stellen des Saales zu Schlägereien, wobei die kommunistischen Kulturkämpfer ein merkwürdiges Programm mit Schlagringen und Gummiknüppeln aufstellen.

Dann legt sich der Tumult, Piscator spricht, er stellt die etwas kuriose Behauptung auf, dass eine Pleite überhaupt nichts zu bedeuten habe....

Nun schliesslich haben die gottverfluchten "Reformisten" noch immer ein wenig Achtung vor dem Geld, das der Arbeiterschaft gehört.

China im Schmelztiegel.

Mit Riesenschritten geht es "vorwärts"...

SPD. Der "Corriere della Sera" hat einen Berichterstatter ins Land hinter der Mauer entsandt, der über seine Eindrücke in Schanghai interessant zu plaudern weiss. Der Reporter hat nicht nur das proletarische China studiert, sondern auch das bürgerliche, kaufmännische - das ist auch mal ganz interessant.

Die Chinesen sind, erzählt der Journalist, wie die Kinder: sie machen ungeheuer viel Lärm und sind leidenschaftlich dem Spiel ergeben. Wenn sie eine Dominopartie verlieren oder ein Golfspiel, sehen sie das für eine Schande an; sie werden wütend und erröten. Den europäischen Sport haben sie begierig aufgenommen, und es gibt kaum eine Schule, selbst auf dem Lande, die nicht ihren Fussballplatz besässe. Die Studenten verlassen Hörsäle und Laboratorium, um Fussball oder Tischtennis zu spielen. Aber das eigentliche Nationalspiel ist Mah-Yong. Ein sehr unangenehmes Spiel für den, der nicht daran beteiligt ist; die Eingeborenen setzen es ganze Nächte hindurch in den Gasthäusern fort und zwar so lärmend, dass nebenan kein Mensch schlafen kann. Sehr populär sind Pferde- und Hunderennen, bei denen der Totalisator förmlich belagert wird. Werden die Ergebnisse durch Lichtzeichen bekannt gemacht, so stürzt sich sofort alles auf den Totalisator, um die Gewinne einzuheimsen.

+

Menschen mit solcher Spielleidenschaft sind die geborenen Börsenspekulanten. Die Börse von Schanghai wird in der sogenannten "Goldbar" abgehalten, einem schmutzigen Lokal, das aussieht, wie ein Magazin oder wie der Wartesaal in einem Bahnhof. Ein merkwürdiges Gemisch von asiatischen und europäischen Gewohnheiten: China kennt nur eine Selberwährung. Das Silber wird aus Indien und Amerika als Rohstoff eingeführt und wie jede andere Ware auf Karren verladen. Dann wird es nach einem bestimmten Gewicht in eine muschelförmige Münze ausgeprägt, die sich "Tael" nennt. Aber nur zwischen den einzelnen Banken hat die Münze ihren Kurs: jeden Abend, wenn die Türen sich schliessen und die Rechnungen abgeschlossen sind, kommen die Lastträger und tragen an einem Bambusstock die Taeln weg, mit denen der Unterschied im Contocorrent ausgeglichen wird. Der Uebergang Indiens zur Goldwährung hat den Kurs der Taeln sehr gedrückt; zugleich wird der chinesische Markt mit Silber überschwemmt. Das hilft dem Export nicht auf, zumal die Strassen von Räubern belagert werden und jeder Provinzbeherrscher die durchgehende Ware nach Gutdünken besteuert. Kurzum: es herrschen Zustände wie bei uns im Mittelalter. Die Preise für die einheimischen Produkte schnellen unheimlich in die Höhe. Die wenigen Bahnlinien sind für Warentransporte gesperrt, weil sie für das Militär requiriert werden. China hungert....

+

Es gibt in der "Goldbar" einen inneren Zirkel, den "Goldring", in dem die Goldverkäufer von den jüngeren Elementen schier erdrückt werden. Hier scheint die Hölle losgelassen zu sein - wie die kleinen Teufel aus der Kiste springen sie in ihren chinesischen Seidengewändern hoch, recken die Häuse, fuchteln mit den Händen, brüllen durcheinander. Dann rennen sie aus dem Ring in die Telefonzellen...

Das "himmlische Reich" hat seine Lektion gut gelernt. Aber es verfolgt seine Lehrmeister mit unauslöschlichem Hass. Die Wände aller öffentlichen Gebäude, selbst der Tempel, sind über und über mit Plakaten bedeckt, die die eine Forderung wiederholen: Hinaus mit den Fremden! China den Chinesen! Der Europäer, der die mit Stacheldraht gesicherte Fremdenstadt verlässt, muss gewärtig sein, dass die Bevölkerung ihn, oder zum mindesten die Scheiben seines Automobils, anspeit.

+

Ein merkwürdiges Gemisch von Mittelalter und Neuzeit, Asien und Europa, stellt das Gerichts- und Gefängniswesen dar. Noch gibt es einen "Provisorische Gerichtshof", also einen europäisch-chinesischen, er liegt aber in seinen letzten Zügen: die Chinesen werden ihn demnächst wieder in ihre Hände bekommen. Die Verhandlung unterscheidet sich kaum von der landesüblichen; der Vorsitzende, Herr Hsu, erscheint in violettseidener Robe, die mit Hieroglyphen in Rosa bestickt ist. Ihm gegenüber nehmen Ankläger und Verteidiger Platz, zu beiden Seiten, etwas tiefer, stehen die Zeugenbänke die Angeklagten müssen während der ganzen Verhandlung hinter dem Richter stehen. Das Publikum, das in ehrfürchtigem Schweigen verharret und sich beim Eintritt des Richters erhebt, besteht aus zerlumpten hungrigen Proletariern. Aber die Polizisten stecken in blauen europäischen Uniformen, die ihnen ihre englischen Instruktooren angezogen haben, und der Vorsitzende muss dem europäischen Beisitzer das Urteil zur Gegenzeichnung vorlegen, ehe er es vorlesen darf.

+

Richter sind bestechlich und politischen Einflüssen unterworfen. Einmal, als der Beisitzer die Zuziehung eines Sachverständigen empfiehlt, der entscheiden soll, ob ein Stück Ware, das vom Empfänger beanstandet worden war, gut oder schlecht sei, lehnt Herr Hsu das entrüstet ab: er als Richter muss das doch verstehen! Und der Ausländer gibt klein bei. Räuber und Mörder kommen vor dieses Gericht - schwere Verbrechen sind in der verelendeten Bevölkerung an der Tagesordnung! - aber auch einfache Uebertretungen von Polizeiverordnungen. Ein russisches Ehepaar erscheint z.B., das seinen Hund ohne Maulkorb hat umherlaufen lassen.

+

Mit Faustschlägen werden die Verurteilten ins Gefängnis getrieben. Dieses Gefängnis, das den Fremden gern gezeigt wird - ähnlich wie die Renommiergefängnisse in Sowjetrussland - untersteht einem englischen Direktor und indischem Personal. Es ist rein und hell und hygienisch: die Gefangenen betreiben ein Handwerk und bekommen gut zu essen. Merkwürdigerweise sehen sie trotzdem elend aus, diese 40000 Gefangenen, von denen 200 zu lebenslänglichem Kerker verurteilt sind und 30 zum Tode. Die zum Tode Verurteilten hocken wie Affen hinter eisernen Gitterstäben. Die europäischen Gefangenen sitzen in einem besonderen Gefängnis, das von Ueberbleibseln der Wrangelarmee bewacht wird! Im Badekabinett steht ein Galgen nach englischem Muster, mit einem Fallbrett darunter. "Wir haben "Badezimmer" an der Tür geschrieben, um die Delinquenten nicht zu sehr zu erschrecken!" erklärt der Herr Direktor....

+

+

+

Jeder Fünfte fährt Auto. Soeben veröffentlichte Statistiken der amerikanischen Bundesbehörden zeigen, dass die Vereinigten Staaten im Telefonieren und Automobilfahren der ganzen übrigen Welt weit überlegen sind. Von den rund 33 Millionen Telefonen aller Länder entfallen fast 22 Millionen auf die Vereinigten Staaten, während alle Länder Europas zusammen nur 10 Millionen Telefone besitzen. Auf dem Gebiete des Automobils ist die Vorherrschaft Amerikas noch ausgeprägter. Etwa 25 Millionen Automobile sind in den Vereinigten Staaten zugelassen, was bedeutet, dass jeder fünfte Bewohner der Union ein Automobil besitzt. Eine interessante Parallele zu der Totalsumme der Telefone ist die der Automobile der ganzen Welt, die mit 33 Millionen angegeben wird.

+

+

+

Mormonische Henkersitten. Im Mormonenstaate Utah ist ein gewisser Delbert Green wegen dreifachen Mordes an seiner Frau, seiner Schwiegermutter und seinem Onkel zum Tode verurteilt worden. Der Mörder darf sich auf Grund der in Utah gültigen Gesetze aussuchen, ob er gehängt oder erschossen werden will. Green zieht den Tod durch Erschiessen vor. Diese Hinrichtungsart geht so vor sich, dass fünf Bürger des Staates, die sich untereinander nicht kennen, vor einen Tisch geführt werden, auf dem fünf Gewehre liegen, von denen nur vier scharf geladen sind. Jedes der fünf Mitglieder des freiwilligen Er-

schiessungskommandos nimmt ein Gewehr, tritt hinter einen Vorhang, der fünf-
fach durchlöchert ist und schießt die Waffe ab, ohne hinterher die Ver-
schlüsse öffnen zu dürfen. So sieht weder der zu Erschiessende seine Henker,
noch weiss einer der Henker, ob nicht sein Gewehr zufällig das mit einer
Platzpatrone geladene gewesen ist. Seit 1855 wurden im Staate Utah 30 Men-
schen hingerichtet, von denen sich 28 erschossen und nur zwei hängen liessen.

+ + +
Tonfilm in zehn Sprachen. Die englische Filmgesellschaft British Inter-
national Pictures dreht den Tonfilm "Der Ruf von Elstree" in englisch, franzö-
sisch, deutsch, italienisch, holländisch, tschechisch, polnisch, spanisch, schwedisch
und flämisch.

+ + +
AEG-Bahn in Guatemala. Die AEG hat nach sechs Jahren ununterbrochener
Arbeit mit der Fertigstellung der elektrischen Eisenbahn zwischen San Felipe
und Quetzaltenango (Guatemala) eine der schwierigsten Leistungen des modernen
Eisenbahnbaus glücklich vollendet. Diese erste Elektrizitätslinie Centralamerikas
führt über nur 27 Meilen, steigt aber vom Ausgangspunkt in San Felipe bis zu
einer Höhe von über 8 000 Fuss in Quetzaltenango. Zur Ueberbrückung der riesi-
gen Bergschluchten mussten sieben grosse Stahlbrücken gebaut werden. Für
eine Strecke des Weges, der an landschaftlicher Schönheit ähnliche Strecken in
Mexiko und Brasilien in den Schatten stellt, musste ein Tunnel gesprengt wer-
den, der 350 Fuss lang ist. Zur Versorgung der Linie wurde bei Santa Maria
eine grosse Stauanlage gebaut, deren Kraftstation nicht allein der Elektrobahn,
sondern allen Ortschaften an der Strecke zugute kommt. Die öffentliche Mei-
nung Guatemalas verspricht sich von der Bahnlinie und der Elektrifizierung der
Ortschaften eine starke industrielle Belebung der ganzen Region. Die Baukosten
der Linie betragen 5 Millionen Dollar. Die Behörden und die Landespresse zol-
len der Leistung der deutschen Gesellschaft grosses Lob.

+ + +
In den Fluten verschwunden. Auf dem Kumerower See (Mecklenburg) lehnte
sich der Maschinenmeister Woeste von der Malchiner Zuckerfabrik über den Rand
eines von ihm geruderten Bootes, verlor das Gleichgewicht, fiel ins Wasser,
verschwand in den Fluten und konnte bisher nicht geborgen werden. - Ein anderer
tödlicher Unglücksfall ereignete sich in Mecklenburg auf dem Gute Prieschen-
dorf, wo der dort beschäftigte 65 Jahre alte Milchfahrer Jarchow vom Sitz des
Wasserwagens fiel und unter die Räder des Fahrzeuges geriet. Jarchow erlitt ei-
ne schwere Brustquetschung und verstarb nach wenigen Minuten.

+ + +
Drama im Schloss. Wegen Totschlag und Vergehens gegen das Schutzwaffen-
gesetz wurde ein 20 Jahre alter Geschäftsbote Harter vom Schwurgericht Dresden
zu zwei Jahren 7 Monaten Gefängnis verurteilt. Harter war in einem ungewöhni-
chen Milieu aufgewachsen. Sein Vater, ein Oberwerkmeister, der seit den Kriegs-
jahren Beziehungen zu einer verheirateten Frau Höhnel unterhielt, war kurz
nach dem Kriege geschieden worden, hatte seine zwei ältesten Kinder, darunter
den jetzigen Angeklagten, zu den Eheleuten Höhnel, die im ehemaligen Dresdener
Schloss wohnten, in Pflege gegeben und lebte später selbst in Familiengemein-
schaft mit Höhnel. Werkmeister Harter unterhielt zu Frau Höhnel intime Bezie-
hungen - ein Zustand, der den Sohn eifersüchtig machte, sodass sich zwischen
ihm und Frau Höhnel eine immer tiefer werdende Antipathie entwickelte, die
schliesslich zum Hass wurde. Am 26. Februar 1930 kam es zur Katastrophe. Der
junge Harter, der bei einem Bäcker in Stellung war, wollte an diesem Tage
angeblich eine von ihm schon früher gekaufte Mehrladepistole zu seinen an-
deren Sachen in die Wohnung Höhnels legen. Nachdem die Frau auf sein Klingeln
die Tür geöffnet hatte, soll sie ihn höhnisch angesehen und ihn beschimpft haben.
Harter zog in grosser Erregung die Waffe und schoss. Frau Höhnel wurde schwer
am Kopf verletzt und verstarb auf dem Transport ins Krankenhaus.

Freitod im Irrsinn. Eine furchtbare Tragödie spielte sich in Friedland (Mecklenburg) am Freitag früh zwischen ein und zwei Uhr ab. Der 29 Jahre alte Sohn Georg des Landwirtes Bengelsdorf, der zeitweilig in der Landesheilanstalt Strelitz=Alt untergebracht war, stand plötzlich vor seinem Bett, begab sich in die Wohnstube, wo er sich vor den Augen seines Vaters mit einem Taschenmesser so schwere Wunden am Hals beibrachte, dass er bald darauf verstarb. Der Vater, der den Selbstmord verhüten wollte, erlitt bei diesem Bemühen eine erhebliche Handverletzung.

+ + +
Familiendrama ums Kind. In Gelsenkirchen wurde am Freitag vormittag eine furchtbare Tragödie entdeckt. In der Wohnung des Fabrikarbeiters Karl Schwittay fand man das Ehepaar und seine beiden Kinder durch Gas vergiftet tot auf. Die Ehefrau, mit der Schwittay in zweiter Ehe verheiratet war, konnte zu dem ältesten Kind aus erster Ehe, das der Vater besonders liebte, kein richtiges Verhältnis finden. Es gab darüber schwere Auseinandersetzungen, die schon einmal zu einem vom Mann im letzten Augenblick verhüteten Selbstmordversuch der Frau geführt hatten. Am Donnerstag abend war es wieder zu Streitigkeiten gekommen. Allem Anschein nach hat die Frau, als der Mann und die beiden Kinder von neun und einem Jahr schliefen, den Gashahn geöffnet. Die Leiche der Frau fand man in der Nähe des Gasofens, während die übrigen Toten in den Betten lagen.

+ + +
Immer neue Calmette=Erkrankungen! Die Lübecker Calmette=Katastrophe ist noch immer nicht im Abklingen begriffen. Nicht nur, dass von amtlicher Seite bereits der zwanzigste Todesfall zugegeben wird, hat sich auch die Zahl der Erkrankungen allein am Donnerstag um zehn neue Fälle vermehrt: sie beträgt jetzt 66. Ein Teil der kranken Kinder schwebt in absoluter Lebensgefahr.

+ + +
Die Beweisaufnahme im Frenzel=Prozess. Die weitere Beweisaufnahme im Blutschande=Prozess gegen den Amtsvorsteher Frenzel aus Bornim bei Potsdam ergab sowohl be- als auch entlastende, aber keine eigentlich neuen Momente. Im Laufe der Freitag=Verhandlung gab Amtsvorsteher Frenzel eine Erklärung ab, in der er in Ergänzung seiner bisherigen Bekundungen auf die politischen Gegensätze zwischen dem Pfarrer Schenk und ihm hinwies: "Dieser Prozess ist ein Prozess Pfarrer Schenk contra Frenzel. Alles andere ist hinfällig. Meine Tochter Gertrud ist hier nur vorgeschoben. Gegen meine Person hat ein Kesselreiben eingesetzt, das vom Pfarrer und seinen Hintermännern arangiert worden ist".

+ + +
8400 Meter hoch. Der Pilot Vogt von der akademischen Fliegergruppe Darmstadt flog mit dem Leichtflugzeug "D 18" 8400 Meter hoch. Der bisherige Weltrekord auf Maschinen dieses Typs betrug 7730 Meter.

+ + +
Schiffskatastrophe - 112 Opfer? Auf dem im Hafen von Djedde (Mekka) liegenden 1500 Mekkapilgern besetzten französischen Dampfer "Asia" brach kurz vor seiner Ausreise nach französisch Somali=Land ein Grossfeuer aus, das so spät bemerkt wurde, dass das Entstehen einer furchtbaren Panik nicht mehr zu verhindern war. Ein grosser Teil der Passagiere sprang voller Verzweiflung über Bord, während andere Pilger um Hilfe schreiend oder Gebete lallend und singend durch das Schiff rasten. Hilfsschiffe waren in der Tat in der Lage, an die Tausend Passagiere zu übernehmen. Von den über Bord gesprungenen Pilgern konnte sich ein Teil durch Schwimmen gleichfalls retten. Aber 112 werden vermisst, und es ist zu fürchten, dass sie sämtlich verbrannt oder ertrunken sind. Das Feuer hat einen grossen Teil des Schiffes vernichtet.

+ + +
Ozeanüberquerung ab Irland. Der holländische Pilot Van Dijk und der englische Flieger Kingworth Smith beabsichtigen im Laufe der nächsten Zeit von Irland aus den Ozean zu überfliegen.

Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie.

 1. Tag II. Klasse - Vormittags-Ziehung vom 23. Mai.

2 Gewinne zu je	10 000 Mark:	178809						
2 Gewinne zu je	5 000 Mark:	329539						
2 Gewinne zu je	3 000 Mark:	139592						
4 Gewinne zu je	2 000 Mark:	81757	182984					
4 Gewinne zu je	1 000 Mark:	1081	242004					
6 Gewinne zu je	800 Mark:	121413	224674	282307				
24 Gewinne zu je	500 Mark:	9760	15934	62754	77742	81022	107400	
		115542	160501	191258	263296	315504	349647	
96 Gewinne zu je	300 Mark:	7667	8415	20492	28054	31496	31773	
		31905	35001	39098	44375	57858	59740	
		75895	84087	106177	109587	118068	119925	
		130351	135009	162337	175417	181570	194275	
		195660	198519	207074	220128	222257	222292	
		230108	231922	240255	250933	253686	255551	
		256250	258894	264612	269583	270444	270793	
		273847	280137	314624	356323	359740	376583	
254 Gewinne zu je	180 Mark:	9308	9582	15415	15772	19255	21393	
		30294	31777	33132	34548	36545	37837	
		39488	47147	47722	48670	54314	54508	
		58759	60548	61767	62600	64256	64565	
		66869	70399	70642	74964	79187	79468	
		86123	86319	88743	101181	102870	103291	
		103417	109748	112324	114997	117169	124585	
		124796	126479	136078	139161	149472	157104	
		157213	158872	160013	162049	169801	173172	
		175646	181097	182833	183846	187917	188184	
		190014	190986	194537	200629	203830	209847	
		211368	213228	213536	217247	217504	222474	
		224105	225611	229345	232316	235037	239008	
		240165	250934	254388	257619	259479	260155	
		262701	263611	268713	271166	273574	279363	
		284342	284675	286582	290616	294843	298263	
		299070	300725	307001	307563	308987	315612	
		319065	320177	321137	328439	331069	331108	
		336264	346459	350476	350497	351021	351083	
		353479	358655	359326	359692	360536	363806	
		366293	366633	372427	377924	383885	385057	
		385378						

Nachmittags-Ziehung vom 23. Mai.

4 Gewinne zu je	2 000 Mark:	132006	344714				
2 Gewinne zu je	1 000 Mark:	98760					
10 Gewinne zu je	800 Mark:	6098	62249	99907	175554	267479	
16 Gewinne zu je	500 Mark:	106489	147584	232283	236696	261038	289004
		348678	386285				
94 Gewinne zu je	300 Mark:	371	3256	6204	15142	18062	34986
		40383	51504	64288	72541	88378	115651
		123578	134775	138615	148575	151935	152026
		174859	178846	182751	185501	188180	190586
		201037	217171	238851	258341	260976	263846
		263940	275757	283726	285318	286148	294726
		298379	328689	332358	336166	337599	373103
		377350	384057	389486	393293	397024	

270 Gewinne zu je 180 Mark:	1828	4967	5107	15712	16300	17861
	19232	19753	23740	24717	29603	29923
	31581	41505	54497	55150	57760	60029
	65607	72688	73760	75614	76797	77678
	80250	81150	82521	83786	83822	83851
	87844	87935	88878	97175	98451	110475
	110586	115355	116952	117969	125144	127191
	127587	128526	135146	136606	137601	138271
	139197	139638	141483	144055	148116	156642
	158982	159524	161067	162901	164428	172324
	175318	175366	178197	185536	185639	187713
	191047	191691	194006	194274	194661	197900
	202494	204445	207636	207642	214758	215297
	216241	217643	219793	225051	228281	230040
	233414	235006	236330	241637	243191	247033
	254097	257966	263375	268353	269730x)	274200
	281516	283797	286288	288751	293485	294020
	296826	299809	304222	304829	310361	310362
	310896	313662	313912	318027	325096	326460
	326757	327128	332760	333521	335547	341079
	344071	345053	345591	348134	350498	351666
	352021	352966	359575	378039	379594	385806
	395104	398883				
	x) 269737					

SPD.





Russland und das Internationale Arbeitsamt.

SPD. Die Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken unterhält zu der Internationalen Arbeitsorganisation wie zu den übrigen Völkerbundseinrichtungen zahlreiche Verbindungen. Die Hoffnungen, die sich daran knüpften, sind durch die politische Entwicklung Russlands im Jahre 1929 zerstört worden. Zwar war Russland noch auf der Apriltagung der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz vertreten und auch auf der Konferenz zur Bekämpfung der Falschgeldherstellung, dagegen schon nicht mehr auf der Zollkonferenz des Völkerbundes.

Die Erschütterung der sowjetrussischen Wirtschaft durch die Rückkehr zum Kriegskommunismus hat in Russland zu einer Verknappung der Lebensmittel und zu einer beträchtlichen Erhöhung der Preise geführt. Die Getreidepreise im privaten Handel sind im Verhältnis zum Vorjahr um 100% gestiegen. Die Bauern, die über Lager verfügten, haben ihr Getreide vorwiegend an die privaten Händler verkauft und so den Schleichhandel wesentlich gefördert. Die Verknappung der Lebensmittel und anderer Erzeugnisse führte zur Rationalisierung aller Lebensmittel und vieler Bedarfsartikel. Den Schaden hat davon der Arbeiter, denn jede Rationalisierung fördert den Schleichhandel, der die Waren verteuert. Die Indexpfiffer der Grosshandelspreise hat sich von 1,71 auf 1,79, also um 4,6%, die Kleinhandelsindexpiffer von 1,97 auf 2,10, (um 6,6%) erhöht. Der Lebenskostenindex ist von 2,02 auf 2,20 oder um 8,9% gestiegen. Natürlich hat die Preissteigerung, die im privaten Handel besonders stark war, auch eine Steigerung der Preise im sozialisierten Handel zur Folge gehabt.

Die im Rahmen des Fünfjahrplanes vorgesehene Steigerung der Produktion ist zum Teil überschritten worden. Dagegen betrug die Senkung der Gesteungskosten nur 4,4% anstatt 7%. Aber die Qualität der erzeugten Güter liess merklich nach. Man kann sagen, dass die Frage der Qualitätsarbeit das entscheidende Problem der russischen Produktion geworden ist. Im Rahmen des Fünfjahresplans wurde den Gewerkschaften die Aufgabe übertragen, die Interessen der Produktion (nicht die der Arbeitnehmer!) wirksam zu vertreten, insbesondere sollten die Arbeitskosten durch Intensivierung der Arbeit gesenkt werden. Gleichzeitig wurde das Recht der Gewerkschaften im Betrieb eingeschränkt. Durch verschiedene Erlasse vom März und Juli 1929 wurden Massnahmen zur Aufrechterhaltung der Disziplin in den staatlichen Betrieben und Verwaltungen ergriffen. Eine Verordnung vom 27. August sieht eine Reihe von Disziplinarstrafen vor und beseitigte die bisherige dreigliedrige Betriebsleitung (Direktion, kommunistische Zelle und Gewerkschaft) zugunsten der einheitlichen Befehlsgewalt des Betriebsleiters. Weil die Tätigkeit der Gewerkschaften bei der Durchführung ihrer neuen Aufgaben nicht befriedigte, wurde die Bildung von Stossbrigaden angeordnet, die den Fünfjahresplan und seine Massnahmen popularisieren und gegebenenfalls selbst aktiv eingreifen sollten. Der Zentralrat der Gewerkschaften hat die Arbeiter aufgefordert, Sonnabend nachmittags und Sonntags ohne Bezahlung bei dem Beladen und Entladen der Eisenbahnzüge und Schiffe mitzuwirken. Ferner bestimmt die Regierung durch einen Erlass vom 5. Oktober, dass angesichts des Mangels an Arbeitskräften (?) die Ortsbehörden berechtigt sind, bis zum 1. Februar Zwangsarbeit für das Beladen und Entladen von Fahrzeugen anzuordnen. Die Gewerkschaftsbewegung geriet in eine schwere Krise, weil sich

ein Teil der Gewerkschaftsführer gegen die weitere Entmachtung der Gewerkschaften, wie sie die vorgesehenen Massnahmen mit sich bringen, gewandt hat.

Auf dem Gebiet der Wissenschaft wurden im Sinne der Wiedergeburt des Kriegskommunismus einschneidende Massnahmen getroffen. Der stellvertretende Volkskommissar für das öffentliche Unterrichtswesen Prokowsky erklärte: "Wir müssen auf allen Gebieten der Wissenschaft zur Offensive übergehen. Die Periode des friedlichen Zusammenlebens mit der bürgerlichen Wissenschaft ist zu Ende. Der Zeitpunkt zur Schaffung unserer eigenen Wissenschaft ist da." In diesem Sinne wurden die Verwaltungen aller wissenschaftlichen Institute von Personen, die im Verdacht standen, nicht der rein "marxistischen" Wissenschaft zu huldigen, gereinigt. Die Akademie der Künste, die Landwirtschaftsgesellschaft in Moskau und verschiedene Forschungsinstitute wurden als alte Rückstände der bürgerlichen Wissenschaft bezeichnet bzw. beseitigt oder unter linientreuer Leitung reorganisiert. Auch wichtige Verwaltungsstellen sind von Personen gesäubert worden, die sich der Zusammenarbeit mit bürgerlich-wissenschaftlichen Kreisen und mit den wirtschaftlichen Forschungsstellen des Völkerbundes und der Internationalen Arbeitsorganisation "schuldig" gemacht hatten.

Als Folge der Bemühungen der Sowjetpolitik, von innerpolitischen Schwierigkeiten durch aussenpolitische Massnahmen abzulenken, sind die russischen Beziehungen zur Internationalen Arbeitsorganisation und zum Internationalen Arbeitsamt wesentlich unfreundlicher geworden. Seit Jahren besteht zwischen den russischen Dienststellen und dem Internationalen Arbeitsamt ein Austausch von Veröffentlichungen. Durch eine Reihe persönlicher Beziehungen ist eine gewisse, rein wissenschaftlichen Zwecken dienende Zusammenarbeit herbeigeführt worden. So wurde u. a. anlässlich des Besuches des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes auch über die Zusammenarbeit des Internationalen Arbeitsamtes mit der Sowjet-Regierung im Hinblick auf die Erhebungen über die Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie, im Bergbau, in der Handelsschifffahrt und über die sozialen Lasten beraten. Das Internationale Arbeitsamt war auch bestrebt, die von ihm aufgestellten Reallohnvergleiche auf Russland auszudehnen und hat vom Arbeitskommissariat die nötigen Lohnziffern aus Moskau erhalten. Nunmehr lehnt die Regierung die weitere Zusammenarbeit ab, weil sich, wie das Arbeitskommissariat selbst zugibt, gezeigt hat, dass die methodischen Vergleichen für die U.d.S. S.R. ungünstig sind, da sich nämlich ergibt, dass die Löhne in Moskau um 30% niedriger sind als in Berlin. Auch ein Grund, um, wie sich das Organ des Arbeitskommissariats "Woprosy Truda" ausdrückt: "...endgültig Schluss zu machen mit allen Versuchen der Zusammenarbeit mit dem Internationalen Arbeitsamt."

Mit der Phrase von der bürgerlich-sozialen Reform, die angeblich in Genf getrieben wird, werden sich die russischen Arbeiter nicht ewig täuschen lassen. Die sozialpolitischen Leistungen Sowjet-Russlands können sich in keiner Weise mit denen der westeuropäischen Länder messen. Die Arbeitsbedingungen und das Arbeitsrecht in Russland sind weit entfernt von den Grundsätzen des Teils 13 des Friedensvertrages, die die Schaffung einer sozialen Gerechtigkeit für alle Arbeitnehmer in allen Teilen der Welt bezwecken. Dieses Ziel wird erreicht durch die Bestrebungen der Gewerkschaften und durch die wissenschaftlichen Forschungen des IAA. Es ist lächerlich, hier einen Unterschied zwischen bürgerlicher und marxistischer Wissenschaft zu machen. Mit Recht schliesst der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, sein Kapitel über Russland mit den Worten: "Für uns gibt es nach wie vor nur eine Wissenschaft, die über den Klassen und über den Nationen steht, die international ist und auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Forschung nur einen gemeinsamen Wunsch kennt: die Wahrheit zu suchen."

SPD. Das amtliche Nachrichtenblatt der Deutschen Reichsbahngesellschaft, "Die Reichsbahn" sucht im Heft 21 vom 21. Mai 1930 die Massnahmen der Reichsbahngesellschaft, durch die die Arbeiter von der Überführung ins Beamtenverhältnis ausgeschaltet werden würden, zu rechtfertigen. In einer Notiz "Neuregelung des Anstellungswesens für die Unterbeamten" legt die Reichsbahnverwaltung dar, dass ihre Absichten "auf die Sicherung einer frühzeitigen Anstellung als Beamter" abzielten. Man wolle zu diesem Zweck die bisherigen Vorschriften für die Beamtenlaufbahnen noch in einigen Punkten "verbessern oder verfeinern". Derartige Massnahmen seien eine starke Verbesserung des Anstellungswesens für den künftigen Nachwuchs. Man wolle zukünftig den Arbeiter mit 30 Jahren als Beamter anstellen können. Da die vorhandenen Anwärter unter den Arbeitern aber leider in der Mehrzahl ausserordentlich überaltert seien, müsse man für deren Anstellung eine einheitliche Lebensaltersgrenze vorschreiben. In den Verhandlungen ist hierbei den Organisationen eine Höchstaltersgrenze von 35 Jahren für Übergangsmassnahmen genannt worden.

Die Darstellung der Reichsbahngesellschaft ist irreführend, weil auch die "verfeinerten" Laufbahnbestimmungen der Überalterung der Hilfsbeamten nicht vorbeugen könnten, wenn die Reichsbahnverwaltung die Zahl der Beamtenstellen für Arbeiter nicht stark heraufsetzte. Die Beamtenanwärter müssen so lange auf ihre Anstellung als Beamte warten, weil die Planstellen nicht ausreichen. In den letzten Jahren hat die Verwaltung sogar von den freiwerdenden Beamtenstellen meist nur jede dritte wieder besetzt! Die Überalterung der Hilfsbeamten ist die Folge dieser Politik. Die Reichsbahnverwaltung schlägt als "Verbesserung" des Anstellungswesens Bestimmungen vor, die überhaupt nicht durchführbar sind, solange nicht die Reichsbahngesellschaft die Zahl der Beamtenstellen durchgreifend vermehrt. In ihrem Stellenprogramm strebt sie aber das Gegenteil an.

Der wirkliche Grund, den die "Reichsbahn" nicht angibt, ist, die Pensionsausgaben herabzusetzen, indem die Beamtenanwärter im Arbeiterverhältnis einfach nicht mehr angestellt werden und bis an ihr Lebensende den schwierigen, verantwortungsvollen und auch gefährlichen Beamtendienst im Betrieb und Verkehr als Arbeiter leisten. Das ist der Zweck, den die Reichsbahn mit ihren Massnahmen verfolgt. Ein solches Vorgehen wäre äusserst unsozial und ungerecht. Zehntausende von Arbeitern sollen um ihre Rechte gebracht werden, die sie nicht nur aufgrund der bestehenden Vorschriften, sondern vor allem aufgrund ihrer jahrelangen Tätigkeit im schwierigen Beamtendienst erworben haben.

SPD. Was ein Wahlsieg der Nationalsozialisten für die Arbeiterschaft bedeutet, wird den Gothaer Erwerbslosen grausam klagemacht: das Gothaer Wohlfahrtsamt hat dem grössten Teil der Unterstützungsempfänger angekündigt, dass sie von jetzt ab keine Unterstützung mehr bekommen könnten. Die Empörung darüber ist nicht nur unter den Betroffenen gross. Der sozialdemokratische "Volksfreund" erhebt den schärfsten Protest, die Massnahme sei, so stellt er fest, auf die Nationalsozialisten zurückzuführen, die damit die sozialen Einrichtungen der Republik kompromittieren wollen. Das Blatt fordert die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses durch den Thüringischen Landtag.

SPD. Bochum, 23. Mai 1930.

Die Stadtverwaltung Wuppertal (Elberfeld-Barmen) gibt bekannt, dass der neue Wohlfahrtsetat mit 15,2 Millionen um zwei Millionen zu niedrig angesetzt sei. Das Defizit erhöht sich damit auf acht Millionen Mark.

SPD. Das im letzten Jahre erledigte Arbeitsprogramm des Internationalen Arbeitsamts war ausserordentlich umfangreich. Die Zahl der internationalen Arbeitsübereinkommen vermehrte sich um 2 auf 28. Die neuen Übereinkommen wurden von der 12. Internationalen Arbeitskonferenz 1929 angenommen. Sie betreffen den Schutz der Dockarbeiter gegen Unfälle und Vorschriften über die Gewichtsbezeichnung von schweren Schiffslasten, durch die eine Überlastung der Hebezeuge und die damit verknüpften Gefahren beseitigt werden sollen. Weiter wurde auf der Konferenz eine Empfehlung allgemeiner Art zur Verhütung von Unfällen und eine andere, in den Mitgliedstaaten Verbote gegen den Handel ungeschützter Maschinen zu erlassen, angenommen.

Für die Regelung des Achtsturentages für die Angestellten, die wahrscheinlich auf der diesjährigen Konferenz endgültig erfolgen wird, ist wichtige Vorarbeit geleistet worden. Ebenso über die Frage der Zwangsarbeit in den Kolonien, die dieses Jahr vermutlich so geregelt werden wird, dass Zwangsarbeit für private Zwecke überhaupt nicht und für öffentliche Zwecke nur dann zulässig sein soll, wenn auf dem freien Arbeitsmarkt nicht genügend Kräfte zu beschaffen sind. Die Zwangsarbeiter sollen dann nach den ortsüblichen Sätzen entlohnt werden, im allgemeinen nicht länger als acht Stunden arbeiten und Koalitionsfreiheit haben.

Eine besondere Konferenz beschäftigte sich mit den Arbeitsbedingungen und dem Unfallschutz in der Seeschifffahrt. Der Beitrag des Arbeitsamtes zur Lösung der internationalen Kohlenkrise bestand in der Beratung der Arbeitszeit im Steinkohlenbergbau auf einer besonderen technischen Konferenz. Endgültig soll die Konferenz im Juni 1930 über diese Frage entscheiden.

Die Zahl der ratifizierten Übereinkommen ist vom März 1929 bis März 1930 um 44 auf 386 gestiegen. Weitere 22 Ratifikationen sind von den Regierungen der einzelnen Länder bereits beschlossen, 125 werden von den Regierungen den zuständigen gesetzgebenden Körperschaften empfohlen.

SPD. Duldsamkeit scheint nicht zu den christlichen Tugenden zu gehören. Als das Kloster St. Augustin in der Nähe von Bonn einer Kölner Firma Stuckarbeiten übertrug, verlangte es, dass nur christlich organisierte Arbeiter beschäftigt werden dürften. Diese Forderung verstösst nicht nur gegen den Reichstarif für das Stuckgewerbe, sondern auch ganz entschieden gegen den Artikel 159 der Reichsverfassung. Als die freigewerkschaftlichen Arbeiter den Übertritt zur christlichen Organisation ablehnten, äusserte sich der Klostersvorsteher gegen die Betriebsvertretung folgendermassen: "Unser Ansinnen an den Unternehmer auf Erfüllung des eingegangenen Vertrages, nur christlich organisierte Arbeiter an dem Kloster zu beschäftigen, richtet sich nicht gegen die Arbeiter, sondern gegen die gesamte Richtung, der die freien Gewerkschaften zugehört sind. Die Religionsverfolgungen in Russland entspringen dem Marxismus, und die freien Gewerkschaften haben ihre Wurzel ebenfalls im Marxismus." - Wahrlich herrliche Worte, hinter denen sich hier der christliche Terror verbirgt.

SPD. Die Stillegung der südthüringischen Porzellanindustrie schreitet weiter fort. So hat die älteste Kronacher Firma, die Gebrüder Kühnlentz A.G. ihren letzten 200 Arbeitern zum 30. Mai gekündigt. - Es besteht keine Hoffnung auf spätere Wiederaufnahme der Arbeit. Zwei in Rauenstein stillgelegte Fabriken werden abmontiert.

Wirtschaft Technik Handel

Der geräuschlose Kaufmann.

Reingewinn höher als das Aktienkapital.

SPD. Mit dem Namen Ignatz Petschek verbindet sich die Vorstellung des Grossindustriellen, der seine Hände in allen möglichen Töpfen hat, selbst aber kaum in den Vordergrund tritt. Petschek hat ohne Zweifel der von der Inflation her abgeklapperten Formel vom geräuschlosen Kaufmann einen neuen Inhalt gegeben. Er ist der Mann, der ständig im Hintergrund bleibt und seine Leute vorschickt. Man muss schon ziemlich gut Bescheid wissen, wenn man den Spuren Ignatz Petscheks folgen will. In letzter Zeit ist sein Name allerdings häufiger genannt worden und zwar im Anschluss an die ungeheuren Handelsgewinne, die Ignatz Petschek in der Braunkohlenindustrie erzielt. Aber auch hier spricht die Öffentlichkeit nur ganz allgemein von hohen Gewinnen. Bilanzmässig stossen sie der Öffentlichkeit kaum auf. Denn unter den Petschekbilanzen stehen alle möglichen Namen, nur nicht der Name Ignatz Petschek. Das ist die Methode dieses geräuschlosen Kaufmannes.

Der Stammsitz der Firma Ignatz Petschek ist Aussig in der Tschechoslowakei. In Deutschland ist Petschek Grossteilhaber in Bergwerksbesitz, Kohलगrosshändler und, besonders in der letzten Eigenschaft, Grossverdiener. Er ist im oberschlesischen Steinkohlenbergbau und im mitteleuropäischen Braunkohlenbergbau beteiligt. Das ostelbische Braunkohlensyndikat mit einer Jahresproduktion von 47,5 Millionen Tonnen Braunkohle und 13,25 Millionen Tonnen Braunkohlenbriketts beherrscht er zu mehr als 66 2/3%. In der Konstruktion dieses Syndikats, dessen Sitz in Berlin ist, findet der Petscheksche Einfluss beredten Ausdruck. Der Syndikatseisenbahnabsatz im Braunkohlenbriketts ist nach seinen Handelsinteressen aufgeteilt. Das Syndikat verkauft 40% des Bahnabsatzes unmittelbar an den Handel oder Grossverbraucher, 30% gehen an die den Werken gemeinsam gehörenden und im Absatzgebiet verteilt liegenden Brikettvertriebe und für die restlichen 30% können die Gesellschafter den Empfänger, der dem Syndikat angegeben werden muss, bestimmen. Nach den Ausführungsbestimmungen zum Kohlenwirtschaftsgesetz soll das Syndikat die Produktion in erster Hand allein absetzen. Tatsächlich verkauft es aber nur 40%, während 60% in Formalverkäufen bestehen, wofür aber der Höchststrabatt, 1,20 Mark pro Tonne, gegeben wird.

Aus diesem Rabatt erzielt Petschek als Grosshändler erster Hand hohe Gewinne. Er beherrscht Handelsgesellschaften, in deren Firmenbezeichnung das nicht zu erkennen ist. Die Jahresbilanz einer solchen Petschekschen Kohlenhandelsgesellschaft soll hier einmal näher behandelt werden. Die Firmenbezeichnung dieser Gesellschaft ist: August Schmits, Kohलगrosshandlung, Aktiengesellschaft Berlin. Ignatz Petschek hat diese einst selbständige Handelsfirma liebevoll in seine Arme geschlossen, ohne dass Uneingeweihte das vermuten können. Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt 500 000 Mark. Der Vermögensstand und die Verbindlichkeiten schliessen in Einnahme und Ausgabe mit 1 469 467,75 Mark ab. Die Gewinn- und Verlustrechnung sieht so aus:

	<u>Soll.</u>	
Steuern	160 713,90	Mark
Sonstige Unkosten	256 496,62	" = 417 210,52 Mark
Abschreibungen		1 152,85 "
<u>Reingewinn:</u>		
Vortrag aus 1928/29	194 344,06	
Reingewinn 1929/30	435 484,11	629 828,17
	<u>Sa.</u>	1 048 191,54 Mark
	<u>Haben</u>	
Vortrag aus 1928/29		194 344,06 Mark
Warenkonto	778 313,84	
Zinsen	75 533,64	= 853 847,48 "
	<u>Sa.</u>	1 048 191,54 Mark

Niemand wird hier "Geschäftstüchtigkeit" bestreiten können. Das Aktienkapital beträgt 500 000 Mark und der Jahresreingewinn einschliesslich Vortrag aus dem Vorjahr 629 828,17 Mark! Vorsitzender des Aufsichtsrats ist Generaldirektor J. de Vries von Grube Ilse in der Niederlausitz, deren Aktienmehrheit sich in den Händen von Ignatz Petschek befindet. Immerhin befinden sich auch noch Aktien der Grube Ilse in Händen freier Aktionäre und darum werden die Gewinne von der Grube in die Handelsgesellschaften verlegt, die Petschek allein beherrscht. Der hohe Rabatt 1,20 Mark für die Tonne Braunkohlenbriketts, den das Syndikat an die Grosshändler erster Hand zahlt, drückt den Reinerlös der Bergwerke nach unten und lässt den Gewinn der Kohलगrosshandelsgesellschaften nach oben steigen. Petschek hält sich in den Kohlenhandelsgesellschaften nach aussen hin bescheiden im Hintergrund, denn als Vorstand der genannten Gesellschaft zeichnet nicht er, sondern A. Schmits. Tatsächlich beherrscht Ignatz Petschek nicht nur diese, sondern auch andere Kohलगrosshandlungen, ohne dass es nach aussen sichtbar wird.

Die Kohlengeschäfte Petscheks blühen eben im Verborgenen. Ihm genügt der Gewinn; er will nicht nach aussen glänzen. Vielleicht interessieren sich die Kohlenwirtschaftsorgane und das Reichswirtschaftsministerium einmal für die Petschekschen Kohलगrosshandelsgewinne. Es scheint uns dringend geboten, dass der Handelsrabatt des ostelbischen Braunkohlensyndikats herabgesetzt wird, denn Gewinne des Kohlenhandels, wie sie die genannte Gesellschaft erzielt hat, überschreiten selbst in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung das erlaubte Mass.

SPD. Die nach den verschiedenen Krachs im Deutschen Versicherungsgewerbe notwendig gewordene Reorganisation scheint erfolgreich zu verlaufen. Neben dem Frankfurter Versicherungskonzern (Favag) geriet die "Vaterländische" und "Rhenania" Vereinigte Versicherungsgesellschaften A.G. in Schwierigkeiten. Sie wurde vom Nordstern aufgenommen. Mit der Fusion ergab sich die Notwendigkeit einer grosszügigen Umorganisation. Wie die Nordstern A.G. jetzt in ihrem Geschäftsbericht für 1929 mitteilt, ist die Liquidation der Verlustgeschäfte bei der Vaterländischen und Rhenania im Gang. Allerdings stehen noch weitere Verluste aus, über deren Umfang jedoch nichts gesagt wird. Besonders verlustreich scheint die Transportversicherung aus dem indirekten Geschäft der Vaterländischen gewesen zu sein.

Selbstverständlich hat die Liquidation der Verlustgeschäfte erhebliche Mittel gefordert. Die Gewinn- und Verlustrechnung weist dazu Versicherungsverluste mit 4,54 Millionen Mark und Kursverluste mit 440 000 Mark aus. Die Abschreibungen wurden auf 4,47 Millionen Mark festgesetzt. Trotz der nicht unerheblichen Anforderungen an die Finanzkraft des Konzerns ergibt sich ein Reingewinn von 1,27 Millionen Mark. Daraus soll eine Dividende von 14% gezahlt werden.

SPD. Dass die immer wieder aufgestellte Behauptung von der allgemeinen Not der Landwirtschaft ein Märchen ist, geht aus dem Bericht der Bank für Landwirtschaft hervor. Das Institut, das dem Reichslandbund nahe steht, konnte seine Einnahmen von 1,4 auf 1,46 Millionen steigern. Die Kreditoren werden mit 20,9 Millionen Mark gegenüber 19,7 Millionen Mark im Vorjahr angegeben. Der Überschuss ist sich mit 195 000 Mark gegenüber dem Vorjahr gleich geblieben. Die Bank erklärt das günstige Ergebnis damit, dass ihr Arbeitsgebiet ausserhalb des ausgesprochenen agrarischen Krisenherdes liege. Damit wird jedoch nur gesagt, dass man die landwirtschaftliche Krise nicht, wie es gerade der Landbund gerne tut, verallgemeinern kann.

SPD. Nach einer Aufstellung des Reichsverbandes der Automobil-Industrie wurden im Jahre 1929 nicht weniger als 4,35 Milliarden Mark für den deutschen Kraftfahrzeugverkehr aufgewendet. Der Bestand an Kraftfahrzeugen wird dabei für den 1. Juli 1929 mit 1 215 000 mit einer Jahresleistung von durchschnittlich 10 000 km für Krafträder, 17 000 für Personenkraftwagen, 40 000 für Omnibusse und 30 000 für Lastkraftwagen angenommen. Die Gesamtaufwendungen werden pro km mit 9 Pfennigen für das Kraftrad, mit 22 Pf. für den Personenkraftwagen, 65 Pf. für den Omnibus und 45 Pf. für den Lastkraftwagen angesetzt. Im einzelnen betragen die Aufwendungen für rund 608 300 Krafträder 547,5 Millionen Mark, 422 600 Personenkraftwagen 1,58 Milliarden Mark, 10 600 Omnibusse 275,4 Millionen und 144 000 Lastkraftwagen 1,9 Milliarden Mark.

Berliner Viehmarkt.

(23. Mai)

SPD. Auf dem Schweinemarkt erstreckte sich die Nachfrage nach mageren Tieren. Nach wie vor waren fette Schweine schwer verkäuflich. Aus dem Angebot, das durchaus genügte, wurden kleinere Posten für die Baconfabrikation herausgenommen. Die Preise gaben, wenn auch in Grenzen, nach. Dagegen zogen die Preise auf dem Rindermarkt teilweise an. Hier kam es vielfach zu Exportgeschäften. Das Geschäft verlief, nachdem der Export sich eingedeckt hatte, ruhig, jedoch mit fester Tendenz. Auf dem Kälbermarkt wurden schwere, fette Tiere gesucht.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:
Kühe: a) 45-49 (voriger Markt 43-47), b) 38-43 (37-40), c) 30-35 (30-35), d) 24-28 (24-28), Kälber: a) -(-), b) 72-81 (70-79), c) 60-70 (60-70), d) 45-58 (40-55), Schweine: a) (über 300 Pfd.) 60-62 (62-63), b) (240-300 Pfd.) 61-62 (61-64), c) (200-240 Pfd.) 61-63 (61-64), d) (160-200 Pfd.) 61-62 (62-64), e) (120-160 Pfd.) 60-62 (61-62), f) (unter 120 Pfd.) -(-), g) Sauen 53-(55-).

SPD. Die Dyckerhoff Widmann, einer der grössten deutschen Baukonzerne, konnte ihren Umsatz im verflossenen Jahre weiter steigern. Insbesondere wurde der Arbeitsbestand durch Reparationsbauten erweitert. Der Bruttogewinn steigerte sich von 1,94 auf 2,2 Millionen Mark. Die Abschreibungen wurden von 1,15 auf 1,23 Millionen Mark heraufgesetzt. Den Reingewinn gibt der Konzern mit 1,09 Millionen Mark an (im Vorjahr 900 000 Mark). Daraus wird eine Dividende von 10% gezahlt. Das Unternehmen schüttete im Vorjahr 8% und im Jahre 1927 6% aus.

Börsenwoche

für die Zeit vom 19. bis 23. Mai.

SPD. Berlin, den 23. Mai.

Die unverkennbaren Bemühungen einiger Grossbanken, besseres Wetter an der Börse zu machen, haben unzweifelhaft recht gute Erfolge aufzuweisen. Wenn es auch, verglichen mit der Gesamtzahl der an der Berliner Börse gehandelten Papiere, nur ein ganz kleiner Kreis von Aktien ist, der gerade in der abgelaufenen Woche recht ansehnliche Gewinne erzielen konnte, so genügte das, um allen Märkten eine beachtliche Widerstandsfähigkeit zu geben. Daraus erklärt sich auch, dass ein allgemeiner Optimismus über die nächste Börsenzukunft Platz gegriffen hat und von Tag zu Tag weiter wächst.

Den weitaus grössten Gewinn erzielten in den letzten Tagen die Aktien der Vogel-Draht-Fabrik, ohne dass man genau weiss, wer der Käufer dieser Aktien ist. Jedenfalls stieg ihr Kurs innerhalb einer Woche von 78,50 auf 93,75%, d.h. um über 15 Punkte oder - eine Rekordleistung - um etwa 20% des ausmachenden Wertes. Die anderen Schwachstromwerte lagen allein schon auf diese Bewegung hin ebenfalls sehr fest, allerdings nicht in gleichem Masse. Deutsche Telefon stiegen von 79,50 auf 89% oder um 9,5 Punkte = 12% des ausmachenden Wertes. Deutsche Kabel verbesserten ihren Kurs von 73,25 auf 78,5%, also um 5,25 Punkte, und Hackethal von 93,50 auf 96,50%.

Nicht allzuweit hinter diesen Favoriten standen erneut wieder die Salzdetfurthaktien, in denen allerdings nicht sehr viel Ware umgeht, für die aber ein sehr guter und kräftiger Käufer vorhanden sein muss. Sie sprangen von 408,50 am Freitag bis auf 427%, d.h. in einer Woche um 18,5 Punkte oder annähernd 5% des ausmachenden Wertes. Das ist bei einem derart schweren Papier eine ausserordentliche Steigerung. Die verwandten Papiere konnten bei weitem nicht so grossen Nutzen ziehen. Westeregeln erhöhten sich nur von 233,25 auf 236,5% und Kali Aschersleben von 229,5 auf 233,75%. Auch die amtlich nicht notierten Kaliaktien waren gegenüber Salzdetfurth vollkommen vernachlässigt.

Die nächste Gruppe von Grossgewinnern waren erneut die Spritaktien. Auch hier weiss man nicht, wer der wirkliche Käufer dieser Aktien ist; man vermutet aber die schon bisher grössten Aktienbesitzer dieser Gesellschaften. Die Führung hatten die Schultheissaktien, die tageweise sehr lebhaftes Geschäft aufwiesen. Sie gingen in gerader Linie von 314,75 auf 327%, d.h. um 12,25 Punkte in die Höhe. Ostwerke waren demgegenüber benachteiligt, denn ihr Kurs stieg nur von 263,5 auf 271,5% oder um 7 Punkte.

Daneben traten einmal die Gummiaktien in den Vordergrund, Allem Anschein nach haben hier die Käufe der Gebrüder Opel, die einige Zeit geruht hatten, wieder eingesetzt. Continental Gummiwerke verbesserten ihren Kurs von 173,5 auf 187%, d.h. um 13,5 Punkte oder etwa 8% des ausmachenden Wertes. In ihrer Gefolgschaft konnten die Aktien der Harburger Gummifabrik Phoenix speziell am Freitag einen kräftigen Sprung machen und zwar von 70 auf 78%, d.h. um 11% an einem Tage.

Weniger gut war die Entwicklung der sonst massgebenden schweren Papiere. Erst durch die Freitagsteigerung konnten z.B. I.G. Farben einen Kurs von 190% erreichen, womit sie um 2 Punkte über dem vorwöchentlichen Schlusskurs lagen. Von den Elektroaktien waren AEG mit etwa 172,75% ziemlich unverändert, zwischendurch sogar bis 170,75% abgeschwächt. Elektrisch Licht und Kraftanlagen-Gesellschaft gaben zunächst von 168,75 auf 165,5% nach, um sich dann allerdings, auf zeitweise 171% zu erholen und am Freitag wieder auf 169,75% nachzugeben. Starke Schwankungen hatten auch Siemens aufzuweisen. Sie stiegen zunächst von 250,75 auf 256%, waren dann aber auf 252,5% abgeschwächt und erreichten erst am Freitag wieder einen Kurs von 256,5%, waren also insgesamt gegen die Vorwoche um fast 6 Punkte höher.

Am Schiffmarkt konnten alle Freigabehoffnungen keine weiteren Steige-

rungen mehr durchsetzen. Hapag lagen nach 115,75 mit 114,25% und Norddeutsche Lloyd mit 114,5 nach 116% schwächer.

Ausgesprochen schwach waren wieder einmal Kunstseideaktien und zwar gingen Aku nach 110,5 bis 104,5% zurück und erholten sich dann auf 106%. Bemberg mussten von 130 auf 125,5% nachgeben.

Weizen fester.

(Berliner Getreidebörse vom 23. Mai)

SPD. Unter dem Eindruck sehr fester Auslandsmeldungen lag Weizen an der Berliner Produktenbörse wieder etwas fester, wenn auch das Angebot nach wie vor gering ist und sich infolgedessen kein nennenswertes Geschäft entwickelte. Der Roggenmarkt wurde nicht angeregt. Es kam infolgedessen wieder erhebliches Material auf den Markt, das nur zum Teil von der Stützungsstelle aufgenommen wurde. Der Markt der handelsrechtlichen Lieferungsgeschäfte zeigte eine ähnliche Entwicklung. Weizen lag $1\frac{1}{2}$ bis 2 Mark fester, während die Roggennotierungen im grossen und ganzen unverändert waren. In Weizen- und Roggenmehl entwickelte sich nur ein kleines Bedarfsgeschäft.

	<u>22. Mai</u>	<u>23. Mai</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	289 - 291	291 - 293
Roggen	169 - 177	169 - 177
Braugerste	-	-
Futter- und Industriegerste	168 - 182	168 - 182
Hafer	151 - 161	151 - 161
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	32,00-40,25	32,00-40,25
Roggenmehl	22,50-25,50	22,25-25,25
Weizenkleie	8,25- 9,00	8,25- 9,00
Roggenkleie	8,50- 9,50	8,50- 9,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai $201\frac{1}{2}$ - $201\frac{1}{2}$ (Vortag -), Juli $206\frac{1}{2}$ - $206\frac{1}{2}$ Brief ($304\frac{1}{2}$), September 270 ($268\frac{1}{2}$). Roggen Mai $176\frac{1}{4}$ - $175\frac{3}{4}$ Brief (176), Juli $179\frac{1}{2}$ -179 ($179\frac{1}{2}$), September 182 und Brief ($181\frac{1}{2}$), Hafer Mai - (162), Juli $168\frac{1}{2}$ -168 ($168\frac{1}{2}$), September 169 ($169\frac{1}{2}$).

SPD. Durch eine im Reichsanzeiger und im Reichszollblatt zur Veröffentlichung gelangende Verordnung werden mit Wirkung vom 26. Mai 1930 der Zollsatz für Roggen auf 15 Reichsmark und der Zollsatz für Gerste zur Viehfütterung unter Zollsicherung auf 12 RM je DZ erhöht.

Das Reichsernährungsministerium will durch die neue Zollerhöhung besonders den Export russischen Roggens treffen. (Siehe Bericht über Berliner Produktenbörse).

SPD. Die englische Kohlenausfuhr wird für das Jahr 1929 mit 60,25 Millionen Tonnen angegeben. Das bedeutet gegenüber dem Jahre 1928 eine Steigerung von nicht weniger als 10 Millionen Tonnen.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 23. Mai 1930

Dieb!^x

Von R. Gregersen.

SPD. Ich hatte meine Miete nicht bezahlen können - nicht allein die vom letzten Monat - das wäre schliesslich nicht so schlimm gewesen - aber auch für den vorhergegangenen. Es war die letzte Frist - ich würde auf die Strasse fliegen - grossen Krach haben - mit der Polizei - dem Wirt - Scherereien und so weiter - ja - so schlecht war es mir noch nie gegangen.

Wie ein Verrückter durchirrte ich die Stadt. Erst biesterte ich ins Blaue hinein - dann ging ich systematisch durch alle Strassen. Immer trieb mich eine Idee - die Idee nämlich, dass die "Chance" sich gerade jetzt auftun würde - und zwar da, wo ich mich nicht aufhielt.

Ich war schon durch sämtliche Stadtteile des Nordens und Ostens hindurch jetzt begab ich mich in den Süden. Ich ging und ging. Es war sinn- und zwecklos. Natürlich! Was sollte denn eigentlich geschehen? Ich hatte nicht mal gewagt, mir irgendwelche Möglichkeiten auszudenken - wusste selbst nicht, worauf ich eigentlich rechnete.

Plötzlich sehe ich da einen dunklen Gegenstand gerade vor meinen Füssen liegen - ich bücke mich und nehme ihn auf. Es ist eine Briefftasche - vollgepfropft mit Geldscheinen. Vor meinen Augen tanzt es. Im gleichen Augenblick sehe ich in einiger Entfernung einen Mann, der still steht und seine Brust abtastet, nervös, unsicher - und - dann schweift sein Blick zu mir...

Eine hoffnungslose Situation. - Liefere ich die Briefftasche bei der Polizei ab, dann bekomme ich 10 Prozent - das ist immerhin reichlich - mehr brauche ich garnicht. Aber wenn er mich einholt, bekomme ich nichts. Das wäre denn doch zu ungerecht. Ich muss also sehen, dass ich fortkomme. Ich mache die erste Schritte in der Richtung auf die Polizeiwache; aber der Mann hinter mir fängt ebenfalls an, schnell zu gehen. Ich muss mein Tempo also beschleunigen.

Plötzlich kommt mir der Gedanke, dass er selbstverständlich glaubt, ich will die Briefftasche stehlen. Ich stehlen? - Das ist ja einfach lächerlich. Ich gehe ja ausserdem auf die Polizeiwache. Aber das kann der da doch nicht wissen. Ich muss also unbedingt der Erste sein.

Jetzt laufen wir beinahe. Das ist einfach eine Jagd. Eine Jagd auf mich also. Hätte ich doch nur nicht den ersten Schritt getan! Bleibe ich jetzt stehen, so nimmt man mich fest.

Ich laufe, was das Zeug halten will - ich laufe nicht um mein Leben, sondern um meine Ehre. Alle Menschen bleiben stehen und glotzen uns nach - es geht im Galopp - nur noch zwei Minuten bis zur Wache - und ich reisse meine letzten Kräfte zusammen - man denke sich nur einmal, der Kerl kommt plötzlich auf den Gedanken, zu rufen: "Haltet den Dieb!" Warum tut er das eigentlich nicht - der Idiot - er muss wirklich sehr dumm sein! Ich kann schon fast nicht mehr. Ich bin ganz ermattet. Mir deutet, da ruft einer schon - ein Milchjunge stellt sich mitten in den Weg. Will mich aufhalten. Also jetzt ist Schluss - knapp hundert Meter vor der Rettung. Mit einer kräftigen Bewegung fege ich den Jungen weg und springe wie ein Besessener auf die Wache zu. Ein Polizist steht auf der Treppe - ich laufe ihm gerade in die Arme - mit allen Anzeichen des Entsetzens reiche ich ihm die Briefftasche entgegen - er nimmt sie - ich falle

zusammen - bin fast bewusstlos; es gelingt mir gerade noch, meinen Kopf nach dem Verfolger zu wenden - ich sehe ihn verschwommen, wie im Nebel - weit weg - er läuft in entgegengesetzter Richtung - jetzt springt er in ein Auto - der Polizist ruft etwas - der Chauffeur packt meinen Verfolger beim Kragen - jetzt prügeln sie sich....

Als ich drinnen in der Wache endlich zur Besinnung kam, erzählte man mir, dass der Mann, der mich verfolgt hatte, ein berüchtigter Verbrecher sei, der gerade eben die Briefftasche gestohlen hatte, aber jetzt hinter Schloss und Riegel sässe....

Das "Alte Berlin".

Die Stadt der verpassten Gelegenheiten.

SPD. Berlin ist nicht, was man so gemeinhin eine "Ausstellungsstadt" nennt. Düsseldorf, Dresden, Köln haben weit bessere Ausstellungen zustande gebracht, und selbst das vielverlästerte Magdeburg hat ein Ausstellungsgebäude, wie es die Reichshauptstadt nicht aufweisen kann. Die Berliner Polizeiausstellung war eine Niete gewesen, die Möbelausstellung erst recht. Aber die am 23. Mai eröffnete Schau "Altes Berlin" ist ein Haupttreffer. Wenn sie sich selber darstellen können, sind die Berliner von jeher in ihrem Element gewesen.

"Fundamente der Weltstadt" lautet der Untertitel dieser Schau, die in sechs grossen Hallen um den Funkturm, das Wahrzeichen des modernen Berlin, herum gruppiert ist. Diese Ausstellung ist, im Gegensatz zu früheren, die in den benachbarten Ausstellungshallen stattfanden und durch eine dazwischen liegende Strasse auseinandergerissen waren, zusammenhängend - ja, man kann sagen: von einer musterhaften Uebersichtlichkeit trotz der ungeheuren Fülle des Stoffs. Dr. Stengel, der Direktor des viel zu wenig gewürdigten Märkischen Museums, ist der Vater dieser Ausstellung. Die einzelnen Gruppen heissen: "Schaffende Hände"; "Vom Mühlendamm zum Kaiserdamm"; "Alt-Berlins Kulturwille"; "Berliner Porzellan"; "Berlin, wie es weint und lacht - Berlin, wie es eilt und wacht"; "Von der Spree zur Havel". Mit andern Worten: die Kulturkräfte, die die Weltstadt aufgebaut haben; die städtebauliche Entwicklung; die kulturelle Entwicklung in Kunst und Wissenschaft, Verkehrswesen; Post, Polizei, Verwaltung, Presse, Industrie, Handel, Vergnügungswesen. Und schliesslich die Aussenbezirke: Grossberlin von Köpenick bis fast vor die Tore von Potsdam.

Wahrscheinlich hat der Lokalpatriotismus den Titel "Fundamente der Weltstadt" eingegeben. Schliesslich hat ja jede Ausstellung, ebenso wie jedes Theaterstück, eine Tendenz. Man hat das historische Moment so nachdrücklich betont, weil man zeigen wollte, dass auch die als "traditionslos", als "Emporkömmling" verschriene Stadt ihre Wurzeln, ihre Wachstumsbedingungen hat. Das können auch wir feststellen - aber freilich werden wir dabei zu Schlüssen kommen, die für Berlin nicht eben schmeichelhaft sind. Wir sind ja glücklicherweise an keine bürgerlich-sentimentalen Vorurteile gebunden. Wir dürfen offen aussprechen, was ist. Und da müssen wir dann sagen, dass die Geschichte dieser Stadt eine einzigartige Tragödie darstellt. Ist es ein Zufall, dass alle grossen Männer der Vergangenheit, dass die Goethe und Schiller, Lessing und Winckelmann, so schlecht auf Berlin zu sprechen waren? Und zwar auf ein Berlin, das noch schön genannt werden muss im Vergleich zu dem sinn- und planlosen Chaos, das seit der Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden ist.... Ach nein, diese Unglückstadt war ja schon im 18. Jahrhundert, zur Zeit des "grossen" Friedrich, verpfuscht. Ein wundervolles Alabastermodell der Festungsstadt, die auf den Plakaten der Ausstellung prangt, ein von unten und innen her beleuchtetes Modell, zeigt inmitten einer eng eingeschnürten, durch die Arme der Spree - die damals bedeutet breiter war als heute - noch mehr zusammengedrängten Kleinbürgersiedlung einen

unverhältnismässig hohen und geräumigen Komplex von Wehrbauten: das wie eine Zwingburg drohende Schloss. Andere Hauptstädte haben ja auch ihr Königs=schloss - aber das ist dann, wie der Louvre in Paris oder die Burg in Wien oder Dresden, organisch in das Weichbild eingezogen. Nicht so das Alte Schloss zu Berlin: es steckt wie ein Pfahl im Fleische und zeigt schon äusserlich, dass Kurfürst Friedrich der Zweite, der "Eisenzahn", seinen getreuen Bürgern ein Zwing=Uri vor die Nase setzen wollte.

Berlin hat im 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts ungewöhnlich befähigte Baumeister besessen. Aber sie durften sich nicht frei entfalten. Was Andreas Schlüter in Berlin gebaut hat, ist Stückwerk geblieben. Er fing mit dem Umbau des Schlosses an - aber ein unwürdiger Rivale, der ihm nicht das Wasser reichen konnte, Eosander, verdrängte ihn aus der Gunst des ersten Preussenkönigs, Friedrich I., und führte den Bau schwächlich und verständnislos weiter. Auch er ist nicht damit zu Ende gekommen. Wilhelm II. hat dann noch ein Uebriges getan und das Schloss freigelegt, so dass es jetzt erbarmungslos bloss liegt. Der Platz davor, der Lustgarten, sollte nach einem ausgezeichneten Plan Schlüters in eine Art Forum verwandelt werden in streng symmetrischer Umbauung: das hatte einen Platz gegeben, der es mit jedem in Rom oder Paris aufgenommen hätte. Dann hätten auch die "Linden", die unter dem Grossen Kurfürsten angelegte Prachtstrasse, einen Abschluss bekommen in dem in ihrer Achse gelegenen Dom. Es ist kraft höheren Willens nichts daraus geworden: die "Linden" laufen sich neben dem aus der Achse gerückten Schlosse tot - ebenso wie auf der anderen Seite, vor dem Brandenburger Tore, der andere grosse Repräsentationsplatz, der "Platz der Republik", auf die Seite geschoben ist und nun von der Charlottenburger Chaussee nicht berührt wird. Der Versuch Schinkels aber, im Beginn des 19. Jahrhunderts den Lustgarten durch Museumsbauten zu retten, ist durch die erbärmliche Zuckerbäckerarchitektur des Raschdorff'schen Doms unter Wilhelm II. vernichtet worden.

Friedrich Wilhelm I. hat nicht schlecht gebaut - aber mit zu kärglichen Mitteln und nicht auf lange Sicht. Der Belle=Allianceplatz mit der Einmündung der drei Strassenzüge: Linden=, Friedrich= und Wilhelmstrasse, geht auf ihn zurück. Sein Sohn hätte daran anknüpfen und eine Barockstadt von anständiger Haltung bauen können. In seine Regierungszeit, um die Mitte des 18. Jahrhunderts, fällt die Schleifung des von seinem Grossvater angelegten Festungsgürtels. Und in Knobelsdorff hätte er den Architekten besessen, der das nachgeholt hätte, was Schlüter hatte unterlassen müssen. Aber auch ihn ereilte, weil er auf die dilettantischen Wünsche Friedrichs II. nicht einging, die königliche Ungnade. Man begnügte sich mit ein paar Prunkbauten: dem Opernhaus, der Königlichen Bibliothek, den hohlen und gänzlich zwecklosen Kulissenbauten auf dem Gendarmenmarkt, und liess im übrigen, Block an Block, eine Wüste von Zinskasernen aufschliessen. Das ist die Kunstliebe des "grossen Friedrich".

Und dann war die Zeit der schöpferischen Ideen im Städtebau vorüber. Nicht einmal der wundervoll grosszügige Entwurf zur einheitlichen Bebauung des Gendarmenmarktes von dem Franzosen Bourdet ist berücksichtigt worden. So reiht sich eine ungenützte Gelegenheit an die andere, Friedrich Wilhelm III. zwang den Bildhauer Rauch zu dem kleinlichen, mit unzähligen Puppen garnierten Aufbau des Friedrich=Denkmals, obwohl ihm ausgezeichnete Entwürfe, auch von Rauch selber, zur Verfügung standen. Friedrich Wilhelm IV. leitete zu dem wilhelminischen Theaterkutsch über. Die Innenstadt blieb nach dem Westen zu durch die Ministergärten abgeschnürt, und ohne organischen Zusammenhang mit ihr wurden von tollwütigen Spekulanten die westlichen Vororte angelegt. Das Endresultat ist - wie gesagt - ein Chaos...

Es sei nun zugegeben, dass viel Geist, viel Fleiss und Tüchtigkeit in dem Berliner Bürgertum vergangener Tage gesteckt hat. Aber diese Kulturkräfte konnten sich nicht regen. Sie wurden erstickt durch den "Geist von Potsdam": hohenzollernsche Nichtsnutzigkeit, den Korporalstock. Das sind in Wahrheit die "Fundamente der Weltstadt."

Hermann Hieber.

Väter und Töchter.

SPD. Potsdam hat eine Sensation. Vor dem Schöffengericht wird gegen den Gemeindevorsteher von Bornim=Bornstedt verhandelt, und die Anklage lautet auf Blutschande. Hat Artur Frenzel mit seinen Töchtern, vor allem mit seiner jüngsten Tochter Gertrud, in Geschlechtsverkehr gestanden? Diese Frage ist im Augenblick nicht mit Ja oder Nein zu beantworten. Es gibt ein Für. Es gibt ein Wider: Die Fragwürdigkeit des Wertes dieser Bezeichnung. Eine sympathische Person ist diese Gertrud nicht. Das muss festgestellt werden. Sie wirft ihrem Vater ein Verbrechen vor, das mit hoher Zuchthausstrafe bedroht ist. Sagt sie die Wahrheit, so hat sie ein moralisches und juristisches Recht in ihrer Aussage: aber selbst dann hat sie kein menschliches Recht zu der seelischen Kälte, mit der sie ihre Aussagen macht. Ihr Herz ist nicht aufgewühlt. Kalt, hart fallen ihr die Worte aus dem Munde. Sie braucht sie sich nicht herauszuquälen. Sie fließen ihr mühelos auf die Zunge. Nein, aus Schmerz geboren oder auch aus Wut, Zorn, Ekel: aus irgendeiner leidenschaftlichen Stellungnahme sind ihre Sätze nicht. Gertrud Frenzel legt Zeugnis ab gegen den Vater, aber verriete es der Sinn ihrer Worte nicht, aus ihrer Stimme wäre es nicht zu folgern. Sagte sie nicht die Wahrheit, welche Erklärungen gäbe es für diese Ungeheuerlichkeit? Die Seele des Menschen ist eine komplizierte Maschinerie. Ausser der Elternliebe, diesem gewiss nicht zu übergehenden Gemütswert, gibt es das erotische Geltungsbedürfnis, gibt es die Abreagierung sexueller Begierden durch erlogene Behauptungen von sexuellen Vorkommnissen, gibt es die Wollust der seelischen Exhibition, und es ist nicht ganz uninteressant, dass die sechzehnjährige Gertrud im Gerichtssaal ausdrücklich erklärt hat, durch die Anwesenheit der Presse nicht geniert zu werden. Es kommt hinzu, dass Gertrud bigotte Züge aufweist. Ihre für Mädchen ihres Alters nicht alltägliche Hinneigung zu den Pfarrersleuten Schenk hat etwas Unnormales, Unerfreuliches. Frömmigkeit ist jedem erlaubt - aber Gertrud hat im Pfarrhaus eine unfrische, unjugendliche Frömmerei gelernt, und man kann sich bisweilen nicht des Eindruckes erwehren, dass die Schenks nicht nur aus ihr herausgefragt, sondern auch in sie hinein-gefragt haben.

Trotzdem: Vielleicht sagt Gertrud dennoch die Wahrheit. Wie müsste man sich dann zu ihrem Vater stellen? "Blutschande" ist ein Wort von überaus bösem Klang, eins der ganz wenigen Delikte des Strafgesetzbuches, in deren Bezeichnung ausdrücklich ein ethisches Werturteil enthalten ist. Blutschande ist nicht nur ein Verbrechen, also ein objektives Verbrechen heute geltender und morgen vielleicht nicht mehr geltender Normen; sie ist ein subjektiv bemakeltes Nomen, eben eine Schande. Ist diese ungeheure Erbitterung des Strafgesetzbuches gerade gegen die Blutschande voll berechtigt? Blutschande ist eine strafwürdige Untat. Daran soll nicht gerüttelt werden. Aber sie ist doch nicht so völlig aus dem Rahmen alles Sittlichen Fallendes. Es ist das unbestreitbare Verdienst der psychoanalytischen Wissenschaft - die im übrigen in Richtungen zerfällt, und deren monomane und den Phallus in jeder Tischkante erblickende Nachläufer nicht immer zu den Erfreulichkeiten der Zeit gehören -, den Blick für den Geltungsbereich und die Sublimationen der Sexualität erweitert zu haben. Der Kuss, den das Kind dem Vater, den der Vater dem Kinde gibt, ist gar nicht so völlig unschuldig, wie die Wiegenlieder es uns weismachen wollen. Er wird nicht beherrscht, aber er wird mitbestimmt von erotischen Untertönen. Der Weg vom Kuss zum Blutschandedelikt ist ein weiter Weg, aber eben doch ein Weg: ein Übergang. Kürzlich wurde in Berlin der Bauwächter Schulz wegen Blutschande verurteilt, jener Mann, gegen den auch eine Zeitlang der Verdacht bestand, die kleine Hilde Zäpernick ermordet zu haben. Schulz, ein brutaler Grobian, verdiente nicht viel Sympathie. Der Fall lag sehr massiv, sehr undelikat. Trotzdem, auch dieser Schulz war keineswegs so etwas wie ein Blutschändler

von Beruf. Eine erhöhte innere Bereitschaft zur Ueberwindung der Widerstände gegen die Blutschande war das eine. Aber dann kamen die berüchtigten, unseligen äusseren Begleitumstände dazu, vor allem die enge Wohnung, die die Familie zwang, in einem einzigen Raume zu nächtigen. Gelegenheit macht Liebe....

Mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bedroht das deutsche Gesetz den an einem Verwandten absteigender Linie vollzogenen Beischlaf. Ist das nicht doch etwas hart? Die Blutschande an einem Kinde fällt in den Bereich der Kindermisshandlungen, aber es ist nicht recht einzusehen, warum die, man möchte sagen, beseete Misshandlung mit weitaus härterer Strafe bedroht ist als die eigentliche, mit der vollen Absicht des Quälens begangene. Es lässt sich einwenden, die Ehre spielt hinein. Das ist ein mystischer Begriff. Ein Vater, der ein Kind gröblich und brutal misshandelt, schädigt es gesundheitlich gewiss nicht weniger als einer, der sich zu einem Sexualverbrechen von ihm hinreissen lässt. Aber demütigt, erniedrigt, beleidigt und zertritt er ihm die Menschenwürde nicht auch im mindestens dem gleichen Masse wie der Affekt handelnde Blutschänder?

Sentimentalität gegenüber einem schlimmen Verbrechen? Nein, nur Bekämpfung einer Sentimentalität, der sich alles Erotische im Reiche der Illusionen abspielt, und die es sich nicht abgewöhnen kann, an die Sexualität mit dem Begriffswerkzeug der mittelalterlichen Kirche heranzutreten.

Hans Bauer.

Himmelsstürmer.

SPD. In blühender Maienzeit feiert die Christenheit das Fest der Himmelfahrt. Man kann in einem doppelten Sinne vom Himmel reden. Da wir Kinder waren streckten wir die Arme aus und zeigten in die Höhe: Dort oben ist der Himmel. Aber haben wir nicht auch als erwachsene Menschen manchmal im Grase gelegen und Blicke, in denen die Sehnsucht träumte, in die blauen Fernen hinausgeschick Jede Silberwolke dort oben wurde zum Märchenschiff, das geheimnisvolle Flügel- und Segel vorwärts trieben, weiter, immer weiter, um uns in den Himmel zu tragen. Zu allen Zeiten blühten solche Maienträume vom Himmel in der Brust der Menschheit auf und erzählten von seinen Wonnen und Wandern. Zuweilen wollte man aus Träumen Wirklichkeit gestalten. Man wollte den Himmel stürmen, wollte den Himmel zur Erde niederzwingen. Da ist der ursprüngliche Sinn jener Sage, wonach in grauer Vorzeit die Menschen zu Babel einen Turm bauten, so hoch, das seine Spitze in den Himmel reichen sollte. Heute haben sich unsre Vorstellungen vom Himmel wesentlich gewandelt. Mit Riesenfernrohren schauen wir in die Schöpfung hinein, und der Schöpfungsbericht der Bibel ist für uns heute längst keine naturwissenschaftliche Wahrheit mehr. Dennoch ist die Himmelssehnsucht geblieben. Unzählige Menschen, gerade die Müden, die Alten, die vom Leben zerbrochenen, harrten mit Inbrunst der Stunde entgegen, die ihre Erdenwanderung abschliesst und die Pforte zum Himmel öffnet. Kein vernünftiger Sozialist wird seinen Mitmenschen das Recht zu solcher seelischen Einstellung abstreiten, wird höchstens nur bedauern, dass auf diese Weise gesellschaftsbildende Kräfte für die Neugestaltung des menschlichen Lebens hier auf Erden verloren gehen.

Daneben gibt es noch eine andere Vorstellung vom Himmel, die dem modernen Menschen ungleich näher liegt. Die Bibel fasst sie kurz und knapp in die Worte zusammen: Das Himmelreich ist inwendig in euch! Wir tragen den Himmel in der eigenen Brust, und von uns selbst hängt es ab, ob die Engel des Lichts oder die Gewalten der Hölle unser Leben bestimmen und beherrschen. Solche Gedankengänge berühren in jedem Sozialisten klingende Saiten. Er führt den Klassenkampf aus einer harten, bitteren Notwendigkeit heraus. Aber immer ist seine Seele voller Sehnsucht nach den schöpferischen Kräften des Guten, die in der Brust der Menschheit zum Lichte, zum Leben erwachen sollen. Jeder Mensch

trägt den Himmel oder die Hölle in sich, und es ist die Tragik des Menschseins, dass alles Leben sich immerwährend auseinanderfaltet in Himmelfahrt und Höllenfahrt. Dennoch wollen wir als Sozialisten niemals aufhören, Himmelfahrt zu halten, um in uns selber jene Voraussetzungen zu erfüllen, ohne die eine neue Gesellschaft, eine neue menschliche Gemeinschaft auf Erden nicht möglich ist.

Es berührt merkwürdig genug, dass unsere Gegner, wenn wir von dieser kommenden Welt mit pochendem Blute reden, uns Schwärmer und Utopisten, Träumer und Himmelsstürmer schelten, die den Blick für die Wirklichkeit der Dinge, den Blick für die natürliche Unzulänglichkeit der Menschen verloren haben. Wir werden solchen Vorwurf mit Würde zu tragen wissen. Er nimmt sich sonderbar genug aus im Munde derer, die auf der anderen Seite nicht müde werden, uns Sozialisten als öde Materialisten, als platte Diesseitsmenschen hinzustellen. Jawohl, wir sind Diesseitsmenschen und setzen zugleich unsere Ehre darein, Himmelsstürmer zu sein. Wir wollen denen, die es nicht anders können, das Träumen und Hoffen auf ein Jenseits, auf einen Himmel nach dem Tode nimmer verwehren. Zunächst jedoch erscheint es uns wertvoller und christlicher, anzupacken und zu gestalten, d.h. uns um das Himmelreich zu kümmern, das wir in uns, um uns auf dieser Erde schaffen und errichten können. Alles niederzureissen, was seinem Kommen im Wege steht, und alle Hände zu rühren, alle Kraft zu meistern, allen Willen zu sammeln, alles zu tun, was sein Wachstum fördern kann, das soll unsere Aufgabe, unsere Lust und unsere Freude sein. Darin soll sich für uns der Sinn des Lebens erfüllen.

Pfarrer Lic. Dr. Paul Piechowski.

SPD. Der Wert eines Wasserfalls.^x An vielen Orten der Erde gibt es gewaltige Wasserfälle, die mit ungeheurer Wucht aus grosser Höhe herniederstürzen. Diese herabstürzenden Wassermassen sind sozusagen Kraftansammlungen von ungeahnter Grösse. Wenn es gelänge, die Energien der ganzen Wasserfälle in den Dienst der Menschheit zu stellen, dann würde ein neues Zeitalter auf der Erde anbrechen. Die Arbeitskraft des Rheinfalls bei Schaffhausen lässt sich z.B. mit ziemlicher Genauigkeit berechnen. Es stürzt dort durchschnittlich eine Wassermasse von 250 Kubikmetern in der Sekunde über eine 20 Meter hohe Terrasse hinab. Das ergibt, als nutzbare Leistung betrachtet, einen Betrag von 67 000 Pferdestärken oder von 50 000 Kilowatt. Danach ist der Rheinfall imstande, eine Million fünfzigkerziger Metallfaden-Glühlampen auf Leuchtstärke zu erhalten. Eine Umrechnung des Wertes liefert folgenden Vergleich: der Rheinfall von Schaffhausen ist so viel wert wie ein Bergwerk, das an jedem Tage 145 Tonnen hochwertiger Braunkohle liefert.

SPD. Goldschätze in Gräbern.^x Die alten Griechen hatten in der Frühzeit eine Gräberform, die man als "Kuppelgräber" bezeichnet. In Mykene, das man auch das "goldreiche" nannte, hat man in den Gräbern der Ruinen Tote gefunden, die förmlich in Gold begraben waren. Ein sehr merkwürdiger Gräberfund waren hier Gesichtsmasken, die aus ganz dünnem Golde gestrichen waren. Die Ausgrabungen in Mykene begannen im Jahre 1876 durch Schliemann, dem wir auch die Ausgrabung Trojas verdanken. Das grösste der mykenischen Kuppelgräber hielt Schliemann damals für das Grab Agamernons, des Griechenfürsten, der Troja bekämpfte und besiegte. Dies Grab freilich enthielt keine Schätze mehr. Es war wie viele andere längst ausgeplündert worden.

Deutscher Reichstag

171. Sitzung vom 23. Mai 1930.

SPD. Der Reichstag setzte am Freitag um 15 Uhr die Beratung des Reichswehretats fort.

Abg. Döbrich (Christl. Nat.): Die vom Abg. Moses im Ausschuss kritisierten tödlichen Unfälle bei Waffenübungen in der Reichswehr erklären sich durch die unvermeidlichen Berufsgefahren aller Soldaten. Bei Soldatenmisshandlungen, die wir natürlich missbilligen, soll man nur nicht zu empfindlich sein. Ein rauher, aber herzlicher Ton ist noch kein Schikanieren. Die Illusion, dass die Sozialdemokratie für Entpolitisierung der Reichswehr eintrete, ist durch das Auftreten des Abg. Künstler zerstört. Seine Art und Weise, Aufklärung zu verlangen, ist geeignet, im Ausland bestehenden Argwohn zu stärken. Ebenso verfehlt waren die Andeutungen über Beziehungen zu Russland. (Lebh. Gegenrufe der Soz.) Mit solchen Angriffen gibt man nur dem Ausland die Rechtfertigung zu neuen Rüstungen. An Waffen und Munition darf nicht gespart werden, sonst bringt man das Heer in die schwerste Gefahr, wenn es doch entgegen unserem Willen zum Krieg kommen sollte. Es gibt keine Unterscheidung zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg, denn kein Staat wird sich als Angreifer bekennen.

Damit ist die Reichswehrdebatte beendet. Es folgt der Marineetat.

Reichswehrminister Groener: Die wichtigste Frage für jeden Seemann lautet: Wird der Schiffsbestand regelmässig erneuert, oder wird auf lange Jahre hinaus das alte unbrauchbare Schiffsmaterial weiter benutzt? Der Minister gibt einen Überblick über die Ersatzbauten, wie sie nach den Beschlüssen des Reichstags vom 23. März 1921 stattfinden sollten, und über das Dienstalter der einzelnen jetzt benutzten Schiffe. Alle bisherigen Regierungen waren entschlossen und bereit, das Schiffsmaterial nach Massgabe der Bestimmungen des Friedensvertrages zu ersetzen. Leider aber ist erst im vorigen Jahr ein politisches Moment durch die Wahlparole "Panzerkreuzer gegen Kinderspeisung" in diese Angelegenheit hineingetragen worden. Der Minister gibt dann im Einverständnis mit dem Reichskanzler eine Erklärung ab, die ein mehnjähriges Flottenbauprogramm für das nächste Jahr in Aussicht stellt, in dem auch eine Rate für den Panzerkreuzer B enthalten sein wird, und das auch die Linien Schiffersatzbauten regeln wird. Der Minister wendet sich gegen die Broschüre des Marine-sekretärs Alboldt über den Reichsmarineetat, und erklärt seine Mitteilung für "olle Kamellen", die vom Chef der Marineleitung im Ausschuss schon längst widerlegt wären. Die Vergleiche Alboldts mit den ausländischen Marineetats enthalten lächerliche Verdrehungen, und die Behauptung, das Ausland nehme den Panzerschiffbau zum Anlass für neue Aufrüstungen, trifft nur auf Frankreich zu. Den Kritikern der Entsendung deutscher Kriegsschiffe auf Auslandsreisen teile ich mit, dass diese Reisen stets im Einvernehmen z.T. sogar auf ausdrücklichen Wunsch des Auswärtigen Amtes unternommen worden sind. Die ewige Sorge, was das Ausland zu diesem oder jenem militärischen Schritt sagen würde, der sich natürlich im Rahmen des Versailler Vertrages hält, ist lächerlich. Wir tun das, was im deutschen Interesse liegt, und damit basta. Die Berichte über den Eindruck der Flottenreisen im Ausland sind durchweg ausserordentlich günstig.

Abg. Eggerstedt (Soz): Die Argumente des Ministers für die Notwendigkeit, das Panzerschiff B zu bauen, haben uns nicht überzeugt. Wir haben die Wehrmacht bejaht, als wir sie in schwerster Zeit schaffen mussten. Wir haben auch die Marine bejaht. Aber das Tempo der Erneuerung der Schiffe muss Rück-

sicht nehmen auf die Wirtschaftslage des Deutschen Volkes. In einer Zeit, wo wir die Lasten des verlorenen Kriegs zu tragen haben, den wir verloren haben trotz der grossen "Versicherungsprämien", die wir zahlen mussten, bei 4 Millionen Erwerbslosen, zu deren Unterstützung man die notwendigen Mittel nicht bereitstellen will, erklärt man sich bereit, 70 bis 80 Millionen für ein Panzerschiff auszugeben! Nach unserer Auffassung wird die Selbstbehauptung des Deutschen Volkes nicht durch den Besitz von Panzerschiffen entschieden, sondern hängt davon ab, ob es uns gelingt, den Lebenswillen und die Lebenskraft des Deutschen Volkes über diese schwere Zeit ungebrochen hinwegzubringen.

(Beifall bei den Soz) Das erreichen Sie nicht, indem Sie der Wehrmacht alles geben und Panzerschiffe bauen, sondern nur dadurch, dass den schuldlos in Not geratenen Volksgenossen gegeben wird, was sie zum Leben notwendig brauchen.

Der Minister hat im Ausschuss erwähnt, wie die Generäle der Vorkriegszeit mit Sorge das Tempo des Schiffbaus betrachtet haben. Auch in seinem Werk äussert sich Groener ähnlich! Er sagt, dass die beste und fähigste Flotte nichts genutzt hätte, wenn das Heer unterläge. Warum soll das nicht auch heute gelten? (Minister Groener: Es gilt auch heute!) Dann begreife ich nicht, warum Sie bei dieser Wirtschaftslage dem Reichstag zumuten wollen, noch 90 Millionen Mark für Kriegsschiffbau herzugeben! Der vernünftigste Weg, Ostpreussen zu helfen, ist von dem preussischen Ministerpräsidenten Braun gewiesen worden! Schaffung lebensfähiger Siedlungen in den menschenleeren Randgebieten. (Sehr richtig! Links) Auch wir meinen, dass wir bei unserem Tun, soweit es im Rahmen des Friedensvertrages liegt, nicht die Rücksicht auf das Ausland voranstellen müssen, aber die Politik muss doch die Meinung des Auslandes in Rechnung stellen. In seinem Werk bedauert der Minister, dass das vor dem Weltkrieg nicht immer der Fall gewesen ist. In einer Zeit, wo die Siegerländer ihre Grosskampfschiffe nicht mehr ersetzen, brauchen wir als besiegtes Volk nicht 4 Panzerkreuzer neu zu bauen. Über den militärischen Wert dieser Schiffe gehen die Ansichten noch weit auseinander. Die frühere Marineleitung unter Zenker hatte den Wert der 10 000 t Schiffe als sehr fragwürdig bezeichnet, ist dann allerdings unter dem Einfluss gewisser Stellen anderer Meinung geworden. Jedenfalls sollte man mindestens die Erfahrungen mit dem ersten derartigen Schiff abwarten, ehe man weitere zu bauen beschliesst. Unsere Gegner sind in ihren Rüstungen unbeschränkt und können jederzeit unsere Schiffbauten übertrumpfen.

Immer wenn Schiffbauten verlangt werden operiert man damit, dass die Unterlassung grosse Arbeiterentlassungen auf den Werften zur Folge haben würde. Das hat auch Admiral Raeder im Ausschuss getan. Dabei werden in der ersten Zeit eines Schiffbaues viel weniger Arbeiter beschäftigt, als der Admiral als von der Entlassung bedroht erklärt hat. Wir bitten sehr, diese Fürsorge lieber den Arbeitern zuzuwenden, die jetzt bereits entlassen werden.

Der Minister hat ausgeführt, dass dem Marinebauprogramm noch die frühere Regierung zugestimmt habe. Wenn die Regierung den Reichstagsbeschluss vom 18. September 1929 auf Vorlegung eines Marinebauprogramms ausgeführt hat, so hat sie damit nur ihre verfassungsmässige Pflicht getan; die materielle Zustimmung ist darin nicht enthalten. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Wir verlangen, dass Wehrmacht und Marine sich auf ihren ureigensten Aufgabenkreis beschränken; beide sollen zwar schlagfertige Instrumente sein, aber auch unbedingt zuverlässig in der Hand der verfassungsmässigen Regierung. Und die Kosten müssen im Rahmen der Leistungsfähigkeit des Volkes sein. Die Voraussetzung dafür, dass die Wehrmacht ihre Aufgabe erfüllen kann, ist das Vertrauen des Volkes zu ihr. Um es zu erhalten, muss man auch auf unsere 9 Millionen Wähler Rücksicht nehmen. Die gestrige Rede meines Kollegen Künstler ist wahrhaftiger und selbstloser gewesen und hat mehr im Interesse der Wehrmacht gelegen, als die Rede von Lindeiner-Wildau, die Herr Groener so gelobt hat.

Durch unsere Kritik ist bereits mancher Fortschritt erzielt worden. Wir verkennen durchaus nicht die Schwierigkeiten, die durch die Tradition, die alte Bürokratie usw. den Absichten des Ministers bereitet werden. Aber im Offizierskorps besteht eine Einseitigkeit, die uns durchaus nicht gefällt. Das wird sich erst ändern, wenn der Offiziersersatz anders geschieht. Die Hälfte der 439 Marineoffizieranwärter in den letzten Jahren waren Söhne von Beamten, Malern und Lehrern, ein Viertel Söhne von Marineoffizieren und Militärbeamten, das letzte Viertel Söhne von Ärzten, Apothekern, Fabrikanten, Kapfleuten und Landwirten. Aus der Arbeiterschaft war kein einziger hervorgegangen. Wir wünschen, dass das Verhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften gut sei. Aber wie passen dazu solche Ereignisse, wie sie sich auf der Emden bei der Heimkehr von der Auslandsreise abgespielt haben! Ein solches Ende einer Auslandsreise macht alles zunichte, was man damit an Gutem erreichen wollte. Es geht eben nicht mehr, dass man die Mannschaften zwingt, um 8 Uhr abends wieder an Bord zu sein, während Offiziere und Kadetten länger Urlaub haben. Damit schafft man den Boden für eine Zersetzungsarbeit. In Kiel sind langjähriggediente Feldwebel und Obermatrosen wegen des blossen Verdachtes entlassen worden, sich kommunistisch betätigt zu haben. Keinem der Entlassenen konnte das nachgewiesen werden. Die Marineleitung hat deshalb den Entlassenen den Eid zugeschoben. Im Ausschuss meinte General Schleicher, die Leute werden sich hüten, den Eid zu leisten. Aber die Eide werden geleistet werden, und Sie werden dann erkennen müssen, dass diesen Leuten Unrecht getan worden ist. Es kann doch unmöglich der blosser Verdacht zur Entlassung genügen! Selbst wenn einer einmal mit Kommunisten gesprochen hat, kann das kein Entlassungsgrund sein. Sonst müsste ja auch General Schleicher seinen Abschied nehmen, und wir würden ihn hier bei der Etatsberatung vermissen. (Heiterkeit)

Sie nehmen jetzt junge Leute vom Lande in Dienst, weil diese unbeeinflusst sein sollen. Eben deshalb aber fallen sie desto leichter jeder Hetze zum Opfer. Nehmen Sie doch Leute aus der Arbeiterschaft, die werden Sie zwar nicht als Mitläufer bei einem Putschversuch sehen, aber es werden bessere Matrosen sein. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die persönlichen Ausgaben vertragen noch sehr gut eine Herabsetzung. Die jetzigen Aufwendungen für Indiensthaltung und Instandhaltung der Flotte stehen in keinem Verhältnis zu diesen Kosten bei der soviel grösseren Flotte der Vorkriegszeit. Für das Heizöl zahlt die Marine um 2/3 mehr, als russisches Oel kostet. Man sollte doch trachten, den Preis herunterzudrücken.

Die Wehrmacht soll nicht ein Fremdkörper im Deutschen Volk sein. Wir bitten den Minister dahin zu arbeiten. In seinem Buch wendet er sich gegen schrankenlose Marineausgaben. Wenn er in der Sparsamkeit vorangeht, wird er unsere Gefolgschaft finden. (Lebh. Beifall der Soz.)

Abg. v. Bartenwerffer (Dntl): Neuanschaffungen sind für die Marine wichtiger als Instandsetzungen, die nicht nützen. Die Kosten für die Panzerkreuzer sind zu 80 % Lohnkosten, die die Arbeitslosigkeit lindern helfen. Den Siedlern, die Abg. Wels in Ostpreussen angesetzt wissen will, muss Sicherheit geboten werden, solange sie noch getrennt vom Reich wohnen. Ausgerechnet gegen den Wehretat wird die Not des Volkes ins Feld geführt, der Deutschland die Mittel zum Schutz vor Not gibt.

Abg. Graf zu Eulenburg (Dntl): Die Sozialdemokratie hat die jetzige Wirtschaftsnot verschuldet, die sie gegen den Wehretat ins Feld führt. Der Reichswehrminister sollte den Konstruktionsfehler der neuen Regierung, die den rechten Flügel der Parteien schwächte und der ihn in seiner Arbeit hindert, beseitigen helfen.

Abg. Wegmann (Z): Der Verwaltungsapparat der Marine ist zu gross. Der Marineetat leidet unter den hohen persönlichen Ausgaben; sein Nutzeffekt ist durch falsche Sparsamkeit an den Sachausgaben seit Jahren gesunken. Der Red-

jeder Hetze zum Opfer. Nehmen Sie doch Leute aus der Arbeiterschaft, die werden Sie zwar nicht als Mitläufer bei einem Putschversuch sehen, aber es werden bessere Matrosen sein. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die persönlichen Ausgaben vertragen noch sehr für eine Herabsetzung. Die jetzigen Aufwendungen für Instandhaltung und Instandhaltung der Flotte stehen in keinem Verhältnis zu diesen Kosten bei der soviel grösseren Flotte der Vorkriegszeit. Für das Herzog zahlt die Marine um 2/3 mehr, als russisches Oel kostet. Man sollte doch trachten, den Preis herunterzudrücken.

Die Wehrmacht soll nicht ein Fremdkörper im Deutschen Volk sein. Wir bitten den Minister dahin zu arbeiten. In seinem Buch wendet er sich gegen schränkenlose Marineausgaben. Wenn er in der Sparsamkeit vorangeht, wird er unsere Gefolgschaft finden. (Lebh. Beifall der Soz.)

Abg. v. Bartenwerffer (Dnat.): Neuanschaffungen sind für die Marine wichtiger als Instandsetzungen, die nicht nützen. Die Kosten für die Panzerkreuzer sind zu 80 % Lohnkosten, die die Arbeitslosigkeit lindern helfen. Den Siedlern, die Abg. Wels in Ostpreussen angesetzt wissen will, muss Sicherheit geboten werden, solange sie noch getrennt vom Reich wohnen. Ausgerechnet gegen den Wehretat wird die Not des Volkes ins Feld geführt, der Deutschland die Mittel zum Schutz vor Not gibt.

Abg. Graf zu Eulenburg (Dnat.): Die Sozialdemokratie hat die jetzige Wirtschaftsnot verschuldet, die sie gegen den Wehretat ins Feld führt. Der Reichswehrminister sollte den Konstruktionsfehler der neuen Regierung, die den rechten Flügel der Parteien schwächte und der ihn in seiner Arbeit hindert, beseitigen helfen.

Abg. Wegmann (Ztr.): Der Verwaltungsapparat der Marine ist zu gross. Der Marineetat leidet unter den hohen persönlichen Ausgaben; sein Nutzeffekt ist durch falsche Sparsamkeit an den Sachausgaben seit Jahren gesunken. Der Redner beschwert sich über den zu geringen Prozentsatz an Katholiken in der Marine. Wir sind für Ausschöpfung der Rüstungsmöglichkeiten des Versailler Vertrags, lehnen aber in diesem Jahr die erste Bauquote für den Panzerkreuzer B ab, da der Reichswehrminister sich mit dieser Streichung bereits abgefunden hatte. Für Kiel und Wilhelmshaven, die so schwer durch die Friedensvertragsbestimmungen geschädigt wurden, müssten Hilfsmassnahmen ähnlich denen des Ostprogramms und Werftaufträge beschlossen werden. Wir begrüssen das nächstjährige Marinebauprogramm.

Abg. Dr. Neubauer (Kom.): Die Verbreitung pazifistischer Illusionen ist ebenso verbrecherisch wie Kriegshetze. Die Sozialdemokratie führt nur einen Scheinkampf gegen die Aufrüstung. Der Redner zitiert zum Beweis den linkssozialdemokratischen "Klassenkampf" und das Abstimmungsprotokoll über die Bewilligung der zweiten Rate des Panzerkreuzers A. Die Sozialdemokratie will sich nur wieder koalitionsfähig machen, und darum unterstützt sie die Bekämpfung der Zersetzung der imperialistischen Machtmittel.

Abg. Dr. Brüninghaus (DVP) verweist den Vorredner auf Russland (Gelächter der Komm.) und polemisiert dann gegen Eggerstedt, dessen Hinweis auf die 9 Millionen sozialdemokratischer Wähler versuchte Beeinflussung eines Wehrmichtsangehörigen, nämlich des Ministers gewesen sei. Die Herkunft vieler Marineoffiziere aus Beamtenfamilien kann doch den Sozialdemokraten nicht verdächtig sein, die selbst so viele Beamtenstellen innehaben, wie z.B. Herr Eggerstedt, der Polizeipräsident von Altona. Dann wiederholt der Redner, dass die Siegerländer nicht abrüsten.

Abg. Loibl (Bayr. Vp.) kündigt an, dass seine Fraktion gegen den deutschen nationalen Antrag stimmen werde, die Anerkennungsräte für das Panzerschiff B wieder einzusetzen.

Dann schliesst die Debatte, es folgt die Abstimmung.

Da namentliche Abstimmung über den kommunistischen Misstrauensantrag nur 45 Kommunisten und 3 Nationalsozialisten als Unterstützung findet, wird gewöhnlich abgestimmt. Der Antrag wird gegen die gleichen Parteien abgelehnt, bei der Gegenprobe bleiben die Sozialdemokraten gleichfalls sitzen, enthalten sich also der Stimme. Die Änderungsanträge werden zum allergrössten Teil abgelehnt; die dritte Baurate für das Panzerschiff A wird - da die einfache Abstimmung zweifelhaft bleibt - in namentlicher Abstimmung mit 207 Stimmen der bürgerlichen Parteien gegen 184 Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten bei 7 Enthaltungen bewilligt. (Beifallsrufe rechts).

Gleichfalls in namentlicher Abstimmung wird der deutsch-nationale Antrag auf Wiedereinstellung der Anerkennungsrate für das Panzerschiff B mit 129 Stimmen der Rechten gegen 270 Stimmen der Linken, des Zentrums und der Bayern bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Der christlich-nationale Abg. Döbrich hatte in seiner Rede davon gesprochen, dass indische Studenten in Berlin von Reichsbannerleuten verprügelt worden seien. Sozialdemokratische Zurufe hatten diese Angabe sofort als unwahr bezeichnet. Nunmehr verlas Abg. Döbrich in persönlicher Bemerkung einen berliner Bericht der "Leipziger Neuesten Nachrichten", wonach diese Prügelei bei der Internationalen Sozialistischen Kundgebung in der Neuen Welt vorgefallen sein soll.

Abg. Künstler (Soz.): In meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Sozialdemokratischen Bezirksverbandes Gross-Berlin stelle ich fest, dass bei jener Kundgebung weder in den beiden Sälen der Neuen Welt, noch in ihrer Umgebung irgend welcher Zwischenfall vorgekommen ist. Mit dieser meiner Darstellung deckt sich auch der amtliche Polizeibericht.

Gegen 20 Uhr vertagt sich das Haus auf Sonnabend 10 Uhr: Postetat.

Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 23. Mai (Eig. Ber.)

Die Freitagsitzung begann mit der dritten Lesung der Erhöhung der Grundvermögenssteuer. Nachdem in der Einzelberatung alle Abänderungsanträge der Opposition abgelehnt waren, traten bei der Schlussabstimmung Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Kommunisten und kleinere Rechtsgruppen gemeinsam in die Obstruktion und machten das Haus beschlussunfähig.

Hierauf wurde die 3. Lesung des Haushalts fortgesetzt.

Beim Etat des Innenministeriums führten die Abg. Hein-Barmen (Dntl), Borck (Dntl) und Lohse-Altona (Natsoz) Beschwerde über die preussische Polizei und die preussische Personalpolitik. Abg. Heydenreich (DVP) griff die Personalpolitik des Statistischen Landesamts an.

Beim Etat des Unterrichtsministeriums führt

Frau Abg. Neumann (Dntl) lebhaftes Klage über "Gesinnungsschnüffelei und Unterdrückungsmethoden" in höheren Schulen, besonders durch das Provinzialschulkollegium Berlin-Brandenburg.

Abg. Dr. Bohner (Dem) verteidigt die von ihm vorgeschlagenen Massnahmen gegen einzelne Studienräte. Ein Studienrat, der seine Schüler unwidersprochen schreiben lässt: "Die blöde Masse, die kaum schreiben und lesen kann, darf nicht länger den Staat regieren" kann sich nicht damit entschuldigen, dass er lediglich seine Schüler zu freier Meinungsäusserung anrege. Insbesondere nicht, wenn er an die Bemerkung im Schüleraufsatz: "Von dem Ideal der Unbestechlichkeit der Richter sind wir weit entfernt" selbst an den Rand schreibt: "Weiter denn je!" (Lebhaftes Hört, hört! links)

Beim Etat des Volkswohlfahrtsministeriums berichtet Ministerialdirektor Schopuhl über die bisherigen Ermittlungen in der Lübecker Calmette-Tuberkulose Serum-Angelegenheit.

Abg. Dr. Chajes (Soz): Die Frage, ob ein Fehler vorgekommen ist oder das Calmette-Serum selbst gefährlich werden kann, ist noch nicht entschieden; wir wollen unser Urteil zurückstellen. Aber wir fordern bestimmte gesetzliche Normen zur Einschränkung der Experimente an lebenden Menschen.

Abg. Dr. Bundt (Dntl) fordert das Arbeitsdienstpflichtjahr.

Es folgen die Schlussabstimmungen zum Etat. Die einzelnen Positionen im Etat werden nach den Anträgen der Regierungsparteien gestaltet und angenommen. Bei den namentlichen Abstimmungen hat die Regierung durchweg eine Mehrheit von 40 Stimmen.

Bei der Schlussabstimmung über den Etat treten Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Nationalsozialisten und Kommunisten wieder in die Obstruktion und nehmen an der Abstimmung nicht teil. Es beteiligen sich an der Abstimmung nur die Regierungsparteien und einzelne Abgeordnete der Deutschen Fraktion unter Führung des Grafen von Posadowsky. Abgegeben werden 222 Karten, während 226 zur Beschlussfähigkeit notwendig sind.

Vizepräsident Baumhoff stellt die Beschlussunfähigkeit des Hauses fest und schliesst die Sitzung.

Nächste Sitzung Dienstag, den 16. Juni: Schullastenausgleich, Schulgelderhöhung.